

„Friedens“-Wahl am 26. September?



I. Termine und Hinweise

- S. 4..... Termine
- S. 8..... Hinweise

II. Beiträge zum Schwerpunktthema

- S. 13..... Wahlprüfsteine verschiedener Organisationen zur Bundestagswahl 2021
- S. 14..... 1. Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl am 26. September 2021
herausgegeben von: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) / Brot für die Welt / Bund für Soziale Verteidigung e. V. / Church and Peace – Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk / Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD) / Ohne Rüstung Leben e. V. / pax christi – Deutsche Sektion / Plattform Zivile Konfliktbearbeitung / Initiative „Sicherheit neu denken“
- S. 30..... 2. Fragen zur Bundestagswahl 2021. 5 Wahlprüfsteine
herausgegeben von: „Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“
- S. 48..... 3. „Frieden braucht Gesellschaft!“ Forderungen zur Bundestagswahl 2021
herausgegeben von: Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- S. 52..... 4. Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
herausgegeben von: Aktion Aufschrei - Stoppen den Waffenhandel

III. Berichte aus dem Diözesanverband

AUS DEM DIÖZESANVERBAND

- S. 55..... Bericht über die Diözesanversammlung 19. Juni 2021 im Martini Pfarrheim, Münster

BERICHTE VON MITGLIEDERN

- S. 64..... Das Lieferkettengesetz und das Elend in der DR Kongo – Ändert sich etwas am Status Quo?
- S. 67..... Rheinmetall entrüsten! Rüstungsexporte stoppen! Umstellung auf zivile Produkte!
- S. 71..... Russland und die Europäische Union in der internationalen Politik. Bericht über die digitale Abendveranstaltung am 20. Mai 2021
- S. 74..... Flugzeugabsturz in der Coesfelder Heide am 15. Juni 1988
- S. 77..... Gedenktag am 22. Juni
- S. 78..... Der Gedenktag am 22. Juni – Eindrücke von Bernhard Dreyer
- S. 80..... Erinnerungstag 22. Juni in Münster – Eindrücke von Eberhard Ockel
- S. 84..... Rezension

Liebe Freundinnen und Freunde unserer Friedensarbeit!

Am 26.9.2021 ist Bundestagswahl. Diese Wahl ist auch eine Entscheidung darüber, wie Deutschland in Zukunft seine politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzt, um mehr Gerechtigkeit und Frieden, Menschenwürde und Menschenrechte, nicht nur für deutsche Staatsbürger, sondern weltweit zu erreichen.

Da haben wir als Friedensbewegung klare Fragen und unbescheidene Forderungen.

Deswegen bringen wir in dieser Nummer vier „Wahlprüfsteine“, an denen pax christi-Mitglieder mitgewirkt haben oder die von befreundeten Organisationen stammen. Dazu passten noch die Wahlprüfsteine von Misereor, der Entschuldungskampagne und anderer ähnlicher Gruppierungen.

Wenn man diese Fragen und Forderungen liest, wird man schnell feststellen, dass keine Partei befriedigende Antworten und konkrete Planungen dazu aufweist. Wahlboikott verändert auch nichts. So

wird man wohl nur das geringere Übel wählen können, nicht die beste Partei. Wir dürfen uns von den gängigen Parolen nicht einlullen lassen!

Außerdem bringen wir Berichte über die Diözesanversammlung und verschiedene Veranstaltungen zum Gedächtnis des Überfalls auf Russland vor 80 Jahren. Der Vortrag von Eugen Drewermann hat deutliche Zustimmung erhalten, aber auch heftige Kritik, wie auf unserer Webseite deutlich wird..

Berichte von einer Veranstaltung über Russland, über das Lieferkettengesetz und seine Auswirkungen im Kongo, eine Rezension, sowie Termine und Hinweise ergänzen diese Nummer.

Es ist eine bewegte und bewegende Zeit! Bleiben wir dran!

Wir wünschen guten Mut dazu und alles Gute!

*Bernhard Damm, Daniel Hügel,
Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold,
Eberhard Ockel*

TERMINE

Mittwoch, 8. September 2021, 19 Uhr

Bistumsarchiv, 1.OG, Marienfelder Saal, Georgskommende 19

Russische und deutsche Stimmen zu Krieg und Frieden. Eine Lesung mit Musik

Die kulturellen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland haben eine sehr lange Tradition, die bereits auf Peter den Großen und ganz besonders auf die aus Deutschland stammende russische Kaiserin Katharina II. zurückgeht. Heute, in einer Zeit wachsender politischer Spannungen zwischen den Ländern, können die kulturellen Beziehungen ein wichtiger Baustein sein zu mehr gegenseitigem Verstehen.

Einen Beitrag leisten zur Erneuerung der Brücke zwischen Ost und West – zwischen Russland und Deutschland – das ist das Anliegen dieser Lesung. Mit Maria Buchwitz, Violine und Barbara Kruse, Klavier

Donnerstag, 9. September 2021, 19.30 Uhr

Aula der KSHG, Frauenstr. 3-6

Frieden durch eine Politik der Stärke und Konfrontation? Welche Rolle kann und soll die NATO im Verhältnis zu Russland spielen?

In einem Streitgespräch soll es zum einen um eine generelle Einschätzung der NATO gehen: wer braucht sie noch? Was sind ihre Aufgaben? Garantiert sie nach wie vor Sicherheit und für wen? Zum anderen geht es um das Verhältnis des Westens gegenüber Russland. Garantiert die NATO Sicherheit gegenüber Russland? Oder wird sie dafür nicht gebraucht und eher eine Gefahr bzw. ein Hemmschuh für Verständigung und ein konstruktives Verhältnis mit Russland?

Es diskutieren:

- Prof. Johannes Varwick, Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung, Tübingen

Beide Veranstaltungen sind Teil des „Friedenskulturmonats 2021“, der unter dem Titel „Russland. Dialog. Frieden.“ steht. Alle Veranstaltungen und Informationen unter www.frieden-durch-dialog.de



*Samstag, 25. September 2021, 15.30 Uhr
Aula und Garten der KSHG Münster,
Frauenstraße 3-6, 48143 Münster*

Preisverleihung Papst Johannes XXIII.-Preis

Der pax christi Diözesanverband Münster verleiht zum sechsten Mal seit 2011 den Papst-Johannes XXIII.-Preis, der Menschen und Gruppen würdigt, die sich in besonderer Weise um die Weiterführung und Aktualisierung der Anliegen des Zweiten Vatikanischen Konzils bemühen und der Friedensliebe und Menschenfreundlichkeit von Papst Johannes XXIII. ein „Gesicht in der Gegenwart“ geben.

In diesem Jahr entschied sich der Preisbeirat für die AKTION Würde und Gerechtigkeit als Preisträgerin. Die AKTION setzt sich bereits seit vielen Jahren für die Rechte von Arbeitsmigrant*innen aus Ost- und Südosteuropa in der hiesigen Fleischindustrie ein. Sie arbeitet so an der Veränderung von ungerechten Arbeitsstrukturen – gegen viele Widerstände. Der Preis soll mithelfen, die Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema hochzuhalten und neue Aufmerksamkeit zu generieren.

pax christi ist es auch ein Anliegen, mit der Preisverleihung 2021 hinzuweisen auf den direkten Zusammenhang unseres Fleischkonsums mit der Rodung riesiger Flächen im Globalen Süden für Sojaanbau, den Export von Soja nach Europa für die Futtermittelindustrie sowie die Zerstörung des Regenwaldes mit Folgen für den weltweiten Klimawandel.

Programm

- 15.30 Uhr: Musikalischer Auftakt
- **Begrüßung:** Maria Buchwitz, Diözesanvorsitzende von pax christi Münster
- **Laudatio:** Die AKTION gegen Ausbeutung und Ausgrenzung und für Menschenwürde
Mit: Klaus Hagedorn, Oldenburg

- *Musikalisches Zwischenspiel*
- **Talkrunde:** Schlupflöcher, um menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu umgehen? Blicke auf das neue „Arbeitsschutzkontrollgesetz für die Fleischindustrie“ und auf die Soja-Importe aus dem Globalen Süden für die Futtermittelindustrie bei uns
Mit:
Matthias Brümmer,
Geschäftsführer bei der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten Region Oldenburg/Ostfriesland
Daniela Reim,
Beraterin in der Beratungsstelle Oldenburg für Mobile Beschäftigte / Sicher und Fair arbeiten in NiSa
Markus Wolter,
Referent für Landwirtschaft und Ernährung bei Misereor mit Arbeitsschwerpunkt: Soja, Ökolog. Landwirtschaft, Amazonas
Moderation: Barbara Brockmann,
Referentin in der Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen
- **Übergabe des Preises** durch den Diözesanvorstand von pax christi Münster
- *Musikalisches Zwischenspiel*
- **Worte der Preisträger*innen**
- **Abschluss** mit einem kleinen Imbiss
- **Moderation:** Judith Wüllhorst (Leiterin der Fachstelle Weltkirche im Bistum Münster) und Daniel Hügel (Friedensreferent pax christi DV Münster)
- **Im Anschluss:** Sebastian Netta Trio mit einem Wald- & Wiesenkonzert

Bitte melden Sie sich bis zum 15. September an, wenn Sie an der Preisverleihung teilnehmen möchten: muenster@paxchristi.de oder 0251 - 511 420; das würde uns die Vorbereitungen erleichtern!

HINWEISE

SIG Sauer muss wegen illegaler Waffenexporte historische 11 Millionen Euro zahlen

SIG-Sauer-Pistolen werden in Kolumbien bei Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen eingesetzt

Im Fall illegaler SIG Sauer-Kleinwaffenexporte von Deutschland über die USA nach Kolumbien hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe das Unternehmen zu einer Zahlung von mehr als 11 Millionen Euro verpflichtet und damit das Urteil des Landgerichts Kiel weitestgehend bestätigt. Die Verurteilung zur Zahlung dieser historischen Summe ist ein riesiger Erfolg der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, die den Prozess mit ihrer Strafanzeige aus dem Jahr 2014 angestoßen hatte.

„Dies ist die höchste Summe, die je von einem Kleinwaffenhersteller eingezogen worden ist! Der Bundesgerichtshof hat damit bestätigt, dass illegaler Waffenhandel die Verantwortlichen teuer zu stehen kommt“, kommentiert Holger Rothbauer, der Anwalt der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, die Entscheidung. „Auch wenn die Gesetzgebung gegenüber Waffenhändlern weiterhin zu schwach ist, wird durch dieses Urteil gegen das Unternehmen SIG Sauer illegaler Waffenhandel endlich als das behandelt, was es ist: Organisierte Kriminalität“, so Rothbauer mit Bezug auf die Einziehung des gesamten Umsatzes nach einem seit 2017 bestehenden Paragrafen, der sich hauptsächlich gegen die organisierte Kriminalität richtet.

„Nach Heckler & Koch ist SIG Sauer der zweite deutsche Kleinwaffenhersteller, der innerhalb weniger Monate vom Bundesgerichtshof zu Millio-

nenzahlungen verurteilt wird. Das ist ein Meilenstein auf dem Weg dahin, die Händler des Todes Made in Germany finanziell zur Verantwortung zu ziehen und ein Riesenerfolg der Kampagne 'Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!', sagt Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne und Bundessprecher der „Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK). Die Kampagne hatte 2014, vertreten durch Rechtsanwalt Holger Rothbauer, Anzeige wegen der illegalen Waffenexporte durch SIG Sauer gestellt. In der Folge waren im Jahr 2019 drei Führungskräfte des Unternehmens aus Deutschland und den USA vom Landgericht Kiel zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Dieses Urteil ist bereits rechtskräftig. Der BGH verhandelte jetzt nur noch die Revision des vom Landgericht geforderten Einzugs der Umsätze aus dem illegalen Waffengeschäft, bei dem mehr als 38.000 zunächst in die USA exportierte Pistolen von dort aus illegal in das damalige Bürgerkriegsland Kolumbien weiterverkauft worden waren. Die Revisionen wurden vom BGH weitgehend zurückgewiesen, eine Revision wurde an das Landgericht Kiel zu erneuter Bewertung verwiesen. Von der Neuverhandlung ist nur noch die Haftung für die Beträge innerhalb der Unternehmensgruppe betroffen.

Seit April 2020 liegt die nächste Strafanzeige der Kampagne gegen SIG Sauer wegen illegaler Kleinwaffenexporte (diesmal nach Mexiko, Nicaragua, sowie erneut Kolumbien) vor, die Staatsanwaltschaft Kiel ermittelt.

„Die Politik muss aus den Prozessen in den Fällen Heckler & Koch und SIG Sauer endlich Konsequenzen ziehen“, fordert Charlotte Kehne, Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei „Ohne Rüstung Leben“ und Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. „Die Weiterleitung der SIG-Sauer-Waffen über die USA nach Kolumbien hat wieder einmal gezeigt, dass der Endverbleib von Kleinwaffen nicht kontrollierbar ist. Ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz inklusive Kleinwaffenexportverbot ist daher mehr als überfällig! Zudem muss die Politik der Internationalisierungsstrategie von Rüstungsunternehmen entschieden entgegnet werden. Es kann nicht sein, dass SIG Sauer über seine Standorte im Ausland in alle Welt exportieren kann, die Gewinne aus fragwürdigen Waffengeschäften jedoch weiterhin an die deutsche Holding fließen“, so Kehne.

„Wir können mit Recherchen vor Ort und einem Dossier belegen, dass SIG-Sauer-Waffen in Kolumbien großen Schaden anrichten“, sagt Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte bei „terre des hommes Deutschland“. „SIG-Sauer-

Pistolen werden von Drogenbanden, Paramilitärs und Guerillagruppen bei Verbrechen eingesetzt, Kindersoldat*innen aufgezwungen und auch kriminelle Polizist*innen und Militärs haben sie bei schweren Menschenrechtsverletzungen und Straftaten benutzt. Kinder und Jugendliche aus unseren Projekten sind stark betroffen“, berichtet Willinger.

Seit April 2021 finden in Kolumbien große Proteste für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit statt. Die Regierung von Präsident Iván Duque geht mit tödlicher Gewalt gegen friedliche Demonstrierende vor. Die Polizei in Kolumbien ist vornehmlich mit SIG-Sauer Waffen ausgestattet. „Es ist ein wichtiges Zeichen für die kolumbianische Zivilgesellschaft, dass Rüstungsunternehmen in Deutschland erfolgreich der Prozess gemacht wird. Dennoch: diese Waffen hätten niemals in den Besitz der kolumbianischen Polizeieinheiten gelangen dürfen, egal ob auf illegalen oder legalen Wegen“, sagt María Cárdenas vom deutschen Kolumbianer*innen Kollektiv „Red Colombia Rhein-Main“. Gemeinsam veranstalteten Red Colombia Rhein-Main, die Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und Colombia Viva e.V. vor der Urteilsverkündung in Karlsruhe eine künstlerische Protestaktion, um auf die Menschenrechtslage in Kolumbien aufmerksam zu machen (Pressemeldung der „Aktion Aufschrei“ im Juli 2021).

Wollen Sie auf dem Laufenden bleiben? Abonnieren Sie den Newsletter!

Nicht alle Termine, Meldungen und Hinweise können in der Korrespondenz erscheinen. Manches erreicht uns erst kurzfristig oder wird aufgrund der aktuellen politischen Lage veröffentlicht. Wenn Sie dennoch auf dem Laufenden bleiben wollen, dann schauen Sie gerne auf unserer Webseite vorbei oder senden Sie uns Ihre Email-Adresse (an muenster@paxchristi.de) – so können wir Ihnen regelmäßig Informationen über unseren Newsletter schicken.

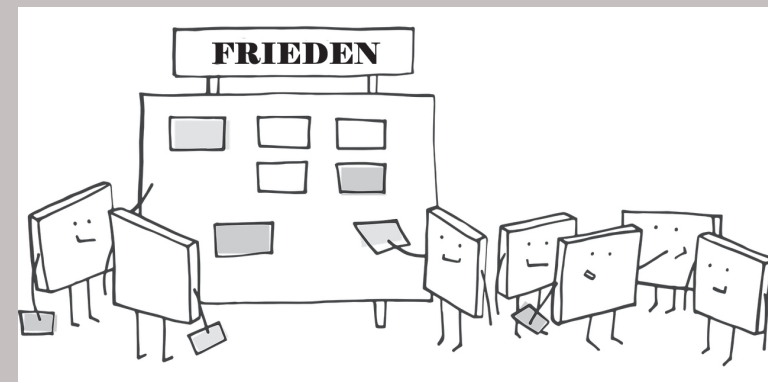


Workshops und Fortbildungen zum Thema „Frieden“

Im Rahmen unserer Friedensbildung haben wir verschiedene Workshops und Fortbildungen zum Thema Frieden entwickelt. Diese bieten wir Schulen, Bildungseinrichtungen, Akademien, Gemeinden usw. an. Schwerpunkte sind u.a. Rüstungsexporte, Atomwaffen, Friedens- und Sicherheitspolitik, Gewaltfreiheit, (Gewaltfreie) Konfliktlösung, Gewalt(theorien) etc. Die Methoden reichen von Planspiel über Bibelarbeit zu klassischen Workshops und Vorträgen mit Diskussionen. Die Angebote richten sich sowohl an Jugendliche als auch an Erwachsene. Mitwirkende sind Daniel Hügel, Stefan Leibold, Detlef Ziegler, Bernhard Damm, Norbert Mette, Klaus Hagedorn und Hermann Flothkötter.

Mit der Friedensbildung wollen wir u.a. Schulen, Bildungseinrichtungen und Gemeinden stärken, Lehrer*innen und andere Lehrende dafür qualifizieren, sie beraten und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung zu stellen.

Unsere Angebote sind auf unserer Webseite zu finden. Melden Sie sich bei Interesse gerne bei uns!



Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Auf den nächsten Seiten haben wir Informationen zur Bundestagswahl am 26. September 2021 zusammengestellt. Ihr findet dort Wahlprüfsteine von verschiedenen Organisationen:

1. **Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl am 26. September 2021**

herausgegeben von:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Brot für die Welt

Bund für Soziale Verteidigung e. V.

Church and Peace – Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk

Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)

Ohne Rüstung Leben e. V.

pax christi – Deutsche Sektion

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Initiative „Sicherheit neu denken“

2. **Fragen zur Bundestagswahl 2021. 5 Wahlprüfsteine**

herausgegeben von:

„Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“

3. **„Frieden braucht Gesellschaft!“**

Forderungen zur Bundestagswahl 2021

herausgegeben von:

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

4. **Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021**

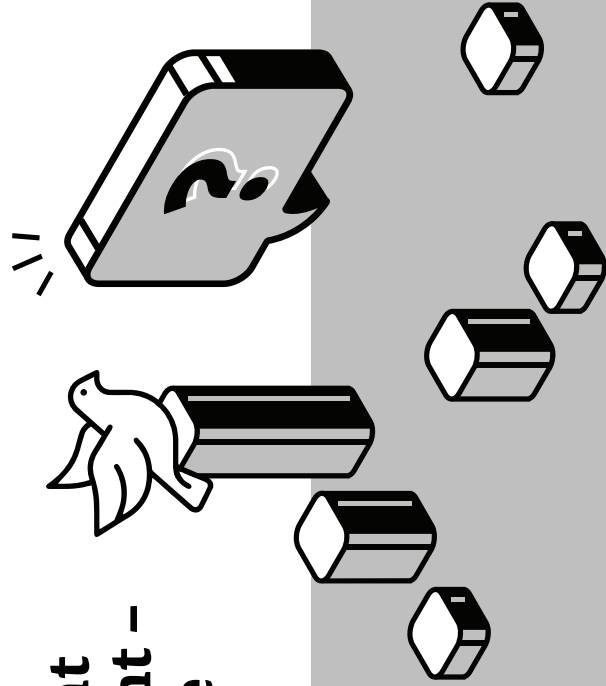
herausgegeben von:

Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel

Für die Inhalte der Handreichungen übernehmen wir keine Verantwortung. Bei Fragen wendet Euch gerne direkt an die genannten Organisationen.

Frieden braucht Ihr Engagement – was werden Sie dafür tun?

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl
am 26. September 2021



herausgegeben von



Brot
für die Welt



Evangelischer Friedensethischer Netzwerk



VORWORT

Frieden braucht Ihr Engagement – was werden Sie dafür tun?

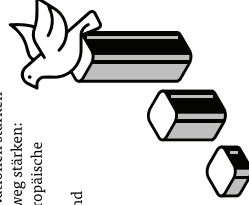
Wir laden Sie ein, diese Frage den Kandidatinnen und Kandidaten zu stellen, die sich bei der Wahl am 26. September 2021 für ein Bundestagsmandat bewerben.

Wir laden Sie ein, konkret nachzufragen, denn es geht in der nächsten Legislaturperiode darum, ob Deutschland immer mehr Mittel in militärische Optionen investiert oder stattdessen Instrumente stärkt, die zur Prävention von Gewalt und zu nicht-militärischen, gewaltfreien und nachhaltigen Wegen aus Konflikten beitragen.

In ihren friedenspolitischen Entscheidungen müssen die Mitglieder des Deutschen Bundestags immer zugleich auch die Europäische Union in den Blick nehmen und darauf hinwirken, dass deren Potenziale für die Stärkung von nachhaltigem Frieden weltweit gestärkt werden.

Darum fragen Sie die Kandidat*innen, ob und wie sie sich einsetzen für folgende Themen:

- Abrüstung
- Rüstungsexportkontrolle
- Zivile Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung
- Infrastruktur für Krisenprävention und Friedensförderung in der Außenpolitik
- Kollektive und kooperative Sicherheit
- Einsatz für globalen Frieden und Zusammenarbeit: Vereinte Nationen stärken
- Dialog über Gegensätze hinweg stärken: Die OSZE und die gesamteuropäische Dimension
- Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte
- Flucht und Asyl



Die Autor*innen:

- Ralf Becker**
 - ralf.becker@ekiba.de
- Simon Bidecker**
 - ori-social@gaia.de
- Christoph Bongard**
 - bongard@forumzfd.de
- Dr. Martina Fischer**
 - Martina.Fischer@voor-iter-die-welt.de
- Jan Gildemeister**
 - gildemeister@friedensdienst.de
- Anja Heider-Rottwilm**
 - heider-rotwilm@church-and-peace.org
- Charlotta Kehne**
 - ori-kehne@gaia.de
- Gerold König**
 - g.koenig@paxchristi.de
- Dr. Christine Schweitzer**
 - schweitzer@soziale-vernaemigung.de

1

Abrüstung

Die Welt rüstet auf: Mehr als 1,9 Billionen US-Dollar betrug die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2020 (Quelle: Friedensforschungsinstitut SIPRI). Das ist der höchste Wert seit Ende des Kalten Krieges. Und Deutschland bildet dabei keine Ausnahme: Seit 2015 steigt der Verteidigungsetat hierzulande deutlich an. 2021 sind ganze 9,4 Prozent aller Mittel aus dem Bundeshaushalt für das Militär eingeplant (tund 47 Milliarden Euro, Stand: Februar 2021). Geld, das an anderer Stelle fehlt: etwa bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs), des Klimaschutzes und zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie.

Zwei besonders umstrittene Entscheidungen muss die künftige Bundespolitik treffen: Die geplante Bewaffnung von Drohnen des Typs „Heron TP“ soll Bundeswehrosoldat*innen in die Lage versetzen, ferngesteuerte Kampfeinsätze von einem weit entfernten Stützpunkt aus zu fliegen. Zudem will das Bundesverteidigungsministerium 30 atomwaffenfähige F-18-Kampfflugzeuge beschaffen. Die Bundeswehr wäre damit für weitere Jahrzehnte in der Lage, die in Büchel (Rheinland-Pfalz) stationierten US-Atombomben zu transportieren und im Kriegsfall abzuwerfen. Das stünde nicht nur im Widerspruch zu den Beteuerungen der Bundesregierung, für eine atomwaffenfreie Welt zu stehen, es kontroversiert auch den am 22. Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen.

2

Rüstungsexportkontrolle

Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 stiegen die deutschen Rüstungsexporte sogar deutlich gegenüber dem Vergleichszeitraum seit 2011 an (Quelle: SIPRI). Obwohl die Bundesregierung angekündigt hatte, Exporte in Drittstaaten (also weder in EU-, NATO- noch diesen gleichgestellte Länder) drastisch zu reduzieren, lag deren Anteil am Wert aller genehmigter Rüstungsexporte in den letzten Jahren fast immer über 50 Prozent. Die aktuelle rechtliche Grundlage für die Kontrolle deutscher Rüstungsexporte ist lückenhaft, eine parlamentarische und öffentliche Kontrolle ist kaum möglich. Um zu verhindern, dass deutsche Waffen weiterhin in menschenrechtsverletzende Staaten oder in Kriegs- und Krisengebiete gelangen, sind neue, verbindliche gesetzliche Regelungen nötig.

Auch auf EU-Ebene rückt das Thema Rüstungsexport weiter in den Fokus: Mit der sogenannten „European Peace Facility“ wollen die Mitgliedstaaten bis 2027 mehr als fünf Milliarden Euro für militärische Einsätze und Missionen ausgeben – damit wird auch die Lieferung von Waffen und Munition aus europäischer Produktion in Drittstaaten einhergehen.



Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland innerhalb der nächsten Legislaturperiode dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beiträgt?
- 2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO beendet und die US-Atomwaffen Zeitraumbestimmt werden? Wenn ja, in welchem Zeitraum?
- 3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch zukünftig keine bewaffneten Drohnen erhält?
- 4 Werden Sie jede weitere Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben ablehnen?
- 5 Werden Sie dafür eintreten, dass die Bundesregierung sich für Verträge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einsetzt mit dem Ziel, weltweit die Rüstungsetats in einem ersten Schritt um 10 Prozent zu senken?



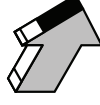
Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:
1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegsführende sowie menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?
- 2 Werden Sie sich für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Drittstaaten grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen und bei gesichertem Endverbleib genehmigt werden können?
- 3 Werden Sie sich – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und leichten Waffen (gemäß UN-Definition), zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?
- 4 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?
- 5 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht länger durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z. B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Rüstungsfirmen) umgangen werden können?
- 6 Werden Sie sich gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte, verbindliche Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Zivile Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung

Demokratie lebt vom konstruktiven Umgang mit Konflikten. Sie gründet sich auf eine Streitkultur, die nicht abwertet und ausgrenzt, sondern andere Einschätzungen respektiert und nach Lösungen und Kompromissen sucht.

Der Zunahme rechtsextremer Gewalt sowie antisemitischer und anti-islamischer Übergriffe kann nur entgegengewirkt werden, wenn Menschen bereit sind, demokratische Strukturen aktiv mitzugestalten und zu verteidigen. Dafür ist die Fähigkeit zum konstruktiven Umgang mit Konflikten im täglichen Miteinander, in Vereinen und Kommunen, in den Medien und Betrieben, in der Schule und in der Politik essenziell. Zahlreiche Initiativen und Organisationen engagieren sich auf kommunaler Ebene gegen Rechtsextremismus: in der Gewaltprävention, Jugend- und Gemeinwesenarbeit, Mediation und Streitschlichtung. Doch die Initiativen zur Zivilen Konfliktbearbeitung vor Ort werden meist nur über zeitlich begrenzte Projektmittel finanziert.



Zivile Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Was werden Sie unternehmen, um die Grundlagen für Demokratieförderung und Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland zu verbessern? Wie kann ein Demokratiefördergesetz dies unterstützen?
- 2 Werden Sie eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts unterstützen, das die bedeutende Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen als Impulsgeber und Kontrollinstanz im Zusammenwirken mit staatlichen Institutionen in einer demokratischen Struktur anerkennt?
- 3 Was werden Sie unternehmen, um eine stärkere Verankerung von Maßnahmen der Streitschlichtung, Mediation und gewaltfreien Konfliktbearbeitung auf unterschiedlichen Ebenen des Gemeinwesens zu fördern? Werden Sie zum Beispiel dafür eintreten, dass Programme wie „Demokratie leben!“ oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ausgebaut werden und Zivile Konfliktbearbeitung in ihre Förderung aufnehmen?
- 4 Wie wollen Sie Friedensbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Menschenrechtsbildung in der schulischen und außerschulischen Bildung stärken?

Es geht darum, den gewaltfreien und konstruktiven Umgang mit Konflikten in gesellschaftlichen Strukturen und in politischen Institutionen kontinuierlich zu verankern. Damit das gelingt, muss Zivile Konfliktbearbeitung in all diesen Bereichen finanziell und mit rechtlichen Rahmenbedingungen gefördert und zum Kernbestand der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erhoben werden.



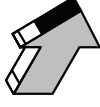
- 5 Werden Sie darauf hinwirken, dass auch von der Europäischen Union Programme entwickelt werden, die die Kompetenzen gesellschaftlicher und kommunaler Akteur*innen in Ziviler Konfliktbearbeitung stärken?
- 6 Was werden Sie unternehmen, um die Potenziale Ziviler Konfliktbearbeitung in Politik und Öffentlichkeit sichtbar zu machen? Werden Sie zum Beispiel staatliche Einrichtungen darauf verpflichten, über die Erfolge von Maßnahmen Ziviler Konfliktbearbeitung systematisch und kontinuierlich zu berichten, sowie ein Förderprogramm unterstützen, das nichtstaatlichen Akteuren ermöglicht, Erfahrungen mit Ziviler Konfliktbearbeitung gezielt und fortlaufend im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit zu präsentieren?

Infrastruktur für Krisenprävention und Friedensförderung in der Außenpolitik

Mit dem „Aktionsplan für zivile Krisenprävention“ hat sich die deutsche Bundesregierung 2004 erstmals zum vorrangigen Ausbau von zivilen Instrumenten der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Außenpolitik verpflichtet. Zu dieser „Infrastruktur für Zivile Konfliktbearbeitung“ zählen unter anderem das Förderprogramm „zivik“ zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte in Konfliktregionen; das „Zentrum für internationale Friedenseinsätze“ (ZIF), das Personal für internationale Friedensmissionen (Vereinigte Nationen, EU und OSZE) vorbereitet und entsendet; der „Zivile Friedensdienst (ZFD)“, der Organisationen und Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden unterstützt; die Arbeitsgemeinschaft „Frieden und Entwicklung“ (AG FriEnt), in der staatliche Stellen, NGOs, politische Stiftungen und kirchliche Hilfswerke gemeinsam auf eine konfliktinsensible und friedensaktive Entwicklungspolitik hinwirken; sowie die „Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)“.

In den „Leitlinien Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, die 2017 vom Kabinett beschlossen wurden, bekennt sich die Bundesregierung zu den bisher geschaffenen Instrumenten und ihrer Weiterentwicklung. Die Leitlinien verweisen überdies auch auf die Einbindung deutscher Politik in den europäischen Kontext und die Notwendigkeit einer krisenpräventiven Politik der EU.

Auch auf EU-Ebene gibt es wichtige Ansätze für zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Jedoch erfährt deren Ausbau aktuell keinen nennenswerten Schub, sondern sie müssen im Gegenteil kontinuierlich gegen Kürzungen und Vereinnahmung durch sicherheitspolitische Ziele verteidigt werden, denn gegenwärtig konzentrieren sich die Mitgliedstaaten eher auf den Ausbau von Militärkooperationen.



Infrastruktur für Krisenprävention und Friedensförderung in der Außenpolitik

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Was werden Sie unternehmen, um den Ausbau der „Infrastruktur ziviler Konfliktbearbeitung“ voranzutreiben?
- 2 Werden Sie dafür eintreten, dass in Deutschland die Haushaltsmittel für die Ausbildung und Entsendung von Fachkräften im Rahmen des „Zivilen Friedensdienstes“ sowie „zivik“ und „ZIF“ substanziell und planvoll erhöht werden?
- 3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Mediationskapazitäten systematisch weiterentwickelt und ausgebaut werden?
- 4 Das von ökumenischen und säkularen Initiativen entwickelte Szenario „Sicherheit neu denken“ (www.sicherheitneudenken.de) beschreibt einen konsequenten Ausbau kollektiver und kooperativer Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040. Unterstützen Sie eine Weiterarbeit an dem Szenario und damit konkrete Schritte zum Ausbau einer kollektiven und kooperativen Sicherheitspolitik?
- 5 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Konfliktgebieten lokale zivilgesellschaftliche Akteure*innen stärker unterstützt werden, indem die Mittel des Förderprogramms zivik aufgestockt werden und die Förderung aus dem Bundeshaushalt langfristig planbarer

und damit für die Friedensarbeit in Krisenregionen effektiver gestaltet wird?

- 6 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mittel für die Deutsche Stiftung Friedensforschung entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats (Gutachten von 2019) substanziell erhöht werden?
- 7 Werden Sie darauf hinwirken, dass das Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union um die Rubrik „Friedens- und Konfliktforschung“ erweitert wird?
- 8 Was werden Sie unternehmen, um auf den Ausbau der Instrumente für Frühwarnung, zivile Krisenprävention und Friedensförderung auf EU-Ebene hinzuwirken? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mittel für den Ausbau des Mediator*innenpools des Europäischen Auswärtigen Dienstes erhöht werden und mehr Mittel und Personal für zivile Friedensmissionen der EU bereitgestellt werden?
- 9 Werden Sie mithelfen, die Zweckentfremdung ziviler und entwicklungspolitischer Budgets der EU für Migrationsabwehr und sicherheitspolitische Aufgaben zu verhindern?



5.1

Kollektive und kooperative Sicherheit

Einsatz für globalen Frieden und Zusammenarbeit: Vereinte Nationen stärken

Die Vereinten Nationen UNO und ihre Regionalorganisationen haben mit dem Völkerrecht wichtige Grundlagen und verbindliche Standards geschaffen. Diese Systeme kollektiver und kooperativer Sicherheit gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Zu den Verdiensten der Vereinten Nationen gehören zahlreiche Menschenrechtsverträge, Friedensmissionen, weltweites Engagement im Flüchtlingsenschutz durch den UNHCR sowie der Einsatz für Abrüstung, Klimaschutz, u. a. mit dem Pariser Abkommen, nachhaltige Entwicklung und Gesundheit.

Der Sonderstatus der fünf Großmächte als permanente Mitglieder des Sicherheitsrats war zur Zeit der Gründung der Vereinten Nationen historisch gerechtfertigt. Inzwischen hat sich die internationale Konstellation verändert. 75 Jahre nach der Etablierung des UN-Systems ist es nicht mehr hinnehmbar, dass ganze Kontinente, wie zum Beispiel Afrika und Lateinamerika, oder ein Land wie Indien, das mehr als eine Milliarde Menschen umfasst, nicht als ständige Mitglieder vertreten sind. Eine Reform des Sicherheitsrats ist überfällig.

5.2

Kollektive und kooperative Sicherheit

Dialog über Gegensätze hinweg stärken: Die OSZE und die gesamteuropäische Dimension

Wenn Großmächte ihre Interessen auf Kosten anderer Länder, durch Unterdrückung von Minderheiten oder Verletzung von Völker- und Menschenrechten durchsetzen, so müssen sie dafür kritisiert werden. Gleichzeitig muss mit diesen Mächten aber weiterhin der Austausch gesucht werden. Eine Politik der Sanktionen allein ist nicht zielführend. Um die globale Erderwärmung und neues Vertrauen aufzubauen, braucht es gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen.

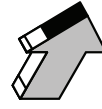
Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine müssen alle am Ukraine-Konflikt Beteiligten gedrängt werden, sich an ihre Zusagen aus dem Abkommen von Minsk zu halten. Eine konstruktive Bearbeitung kann aber nur durch politische und diplomatische Initiativen im gesamteuropäischen Kontext erwirkt werden.

Dafür muss man gesamteuropäische Institutionen wie den Europarat mit seinen rechtlichen Standards und Instrumenten sowie die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) stärken und weiterentwickeln. Die OSZE umfasst 57 Mitgliedsstaaten in einem Radius



Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Was werden Sie unternehmen, um die Vermittlerrolle der Vereinten Nationen im globalen Kontext zu stärken und deren Instrumentarium für die Früherkennung und Bewältigung globaler und regionaler Krisen zu stärken?
- 2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland die UNO und ihre Regionalorganisationen finanziell und personell nachhaltig mit nicht zweckgebundenen Beiträgen stärkt, damit sie ihren friedenserhaltenden, humanitären und gesundheitspolitischen Aufgaben nachkommen können?
- 3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Instrumente der UNO für Frühwarnung, Mediation und Verhandlungsunterstützung, Nachsorge und Friedensförderung (z. B. im Rahmen der „Peacebuilding Commission“) von Deutschland stärker und nachhaltig unterstützt werden?
- 4 Werden Sie sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrats starkmachen, die eine größere Repräsentanz der Kontinente und Weltregionen ermöglicht?



von Vancouver bis Wladivostok und bildet ein wichtiges System kooperativer Sicherheit, dessen Fundament zum Ende des 20. Jahrhunderts gelegt wurde. Sie verfügt über fundierte Erfahrungen in der Sicherung von Minderheitenrechten und in der Prävention von Gewaltkonflikten, in der Streibeteiligung durch Verhandlungsprozesse mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie im Bereich der Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Sie bildet zudem ein transatlantisches Forum für Dialog und Kooperation zwischen allen Beteiligten, die für die Sicherheit in Europa relevant sind. In der Überwindung des Ost-West-Konflikts hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Staaten und Regierungen – auch wenn sie nicht dieselbe Sprache sprechen und unterschiedlichen Werten, Überzeugungen und Interessen folgen – miteinander im Gespräch bleiben.

Kollektive und kooperative Sicherheit

Dialog über Gegensätze hinweg stärken: Die OSZE und die gesamteuropäische Dimension



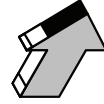
Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Was werden Sie unternehmen, um die Potenziale von Europarat und OSZE in der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten und kooperativer Sicherheit in Europa zu stärken?
- 2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE genutzt wird, um die Mitgliedstaaten für ökologische Initiativen und Maßnahmen gegen die Klimakrise zu gewinnen?
- 3 Werden Sie sich dafür starkmachen, dass die Kooperation mit der Zivilgesellschaft im OSZE-Kontext verstärkt und dabei vor allem auf die Förderung von Frauen in Friedensprozessen geachtet wird?
- 4 Werden Sie darauf hinwirken, dass in der OSZE neue Initiativen für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung ergriffen werden, um einem neuen nuklearen Wettrüsten entgegenzuwirken und Fortschritte bei der Begrenzung konventioneller Waffensysteme zu erreichen?
- 5 Werden Sie sich für ein Gipfeltreffen zum 50. Jahrestag der OSZE 2025 einsetzen, um der Organisation einen Schub in der Weiterentwicklung der europäischen Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur zu geben?
- 6 Werden Sie sich für die Wiederaufnahme von Gesprächen im Rahmen des NATO-Russlandrats engagieren?
- 7 Werden Sie in Kooperation mit der Zivilgesellschaft konkrete Schritte für den Aufbau einer Vertrauenskultur zwischen der EU und Russland entwickeln und umsetzen?

Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte

Deutsche und europäische Außenpolitik sollte sich an den Konzepten der „menschlichen Sicherheit“ und „menschlichen Entwicklung“ orientieren, die im Rahmen der Vereinten Nationen entwickelt wurden. Diese gehen über die Sicherheit von Staaten hinaus und stellen die Sicherheitsbedürfnisse jedes einzelnen Individuums in den Vordergrund. Ziel ist es, nicht nur den Menschen in den Industriestaaten, sondern auch im globalen Süden ein Leben frei von Gewalt, in Würde und mit wirtschaftlichen Perspektiven zu ermöglichen. Diese Konzepte betonen die Einheit von Frieden und Gerechtigkeit, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung.

Das bedeutet, dass die deutsche und europäische Politik die eigenen Anteile an globalen und regionalen Friedensgefährdungen erkennen und angehen müssen, also beispielsweise angemessene Beiträge zur Überwindung der Klimakrise leisten müssen, die vielerorts zur Zerstörung von Lebensgrundlagen und Vertreibung von Menschen beiträgt. Darüber hinaus sollten sie der Ernährungskrise und dem Artensterben entgegenwirken und zur Eindämmung der vielfältigen politischen und sozioökonomischen Ursachen von Gewaltkonflikten und zur Friedensförderung beitragen. Die Zerstörung von Lebensgrundlagen und natürlichen Ressourcen verstärkt vielerorts die Dynamik von Gewaltkonflikten, und beide bilden wesentliche Faktoren für Flucht und Migrationsbewegungen.



Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die deutsche und europäische Politik die Ziele des Pariser Klimaabkommens konsequent umsetzt und die Gesellschaften im globalen Süden bei der Anpassung an die Klimakrise unterstützt?
- 2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland seine Verpflichtung, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, zuverlässig und fortlaufend und ohne Anrechnung anderweitiger Kosten (z. B. für die Flüchtlingsunterbringung) erfüllt?
- 3 Was werden Sie unternehmen, um deutsche und europäische Politik an den nachhaltigen Entwicklungszielen, an Menschenrechten und Menschenwürde auszurichten?
- 4 Werden Sie sich dafür engagieren, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für globale Menschenrechte, Umweltschutz und Frieden einsetzen, umfassender als bisher politisch und finanziell unterstützt und geschützt werden?
- 5 Werden Sie sicherstellen, dass sicherheitspolitische Kooperationen mit Diktaturen unterbleiben und „Ertüchtigung“ von Sicherheitsapparaten nicht auf Kosten von Menschenrechten geht?



- 6 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Nachbarschaftspolitik der EU und vor allem die Beziehungen zu den afrikanischen Ländern auf der Grundlage fairer Handelsbeziehungen gestaltet werden?
- 7 Werden Sie dafür sorgen, dass die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Bedürfnisse besonders bedürftiger Staaten zugeschnitten wird statt auf die Abwehr von Migration?
- 8 Werden Sie sich gegenüber den EU-Mitgliedstaaten für eine europäische Initiative zur Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit im Dialog mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren*innen des globalen Südens einsetzen?

Flucht und Asyl

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten arbeiten seit Jahren darauf hin, den Zugang auf das Recht auf Asyl faktisch abzuschaffen. Derzeit sind weltweit mehr Menschen auf der Flucht als jemals nach dem Zweiten Weltkrieg. Jedes Jahr ertrinken mehr als tausend Menschen auf der Flucht im Mittelmeer, auch weil es keine staatlichen Seenotrettungsprogramme gibt und zivilgesellschaftliche Seenotrettung behindert und kriminalisiert wird. An der EU-Außengrenze zwischen der Türkei und Griechenland finden zahlreichen Berichten zufolge sogenannte Pushbacks statt, bei denen Flüchtlingsboote von der griechischen Küstewache gewaltsam zurückgedrängt werden. Diejenigen, die dennoch die EU erreichen, werden in Lagern auf Lesbos oder anderen griechischen Inseln unter rechtlich fragwürdigen und unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Der Anspruch auf das Recht, einen Asylantrag zu stellen und somit auch eine sichere Zukunftsperspektive zu erhalten, wird so lange wie möglich hinausgezögert. Und inzwischen gibt es Belege für eine direkte Kooperation der EU-Grenzschutzagentur Frontex, die der libyschen Küstewache die Koordinaten von Flüchtlingsbooten übermittelt, deren Insassen dann aus internationalen und küstennahen Gewässern wieder auf das libysche Festland verbracht und damit menschenverachtend Behandlung unterworfen werden. Pushbacks sind auch an der Grenze zwischen Bosnien und Kroatien gängige Praxis.

Ein Europa, das den Schwächsten ihre Rechte nimmt und sie illegal gewalttätig zurückschickt und Staaten mit Waffen und Gerät versorgt, um Grenzen abzurichten, kann nicht Teil einer Lösung sein, sondern ist selbst Teil des Problems. Die EU verwendet viel Geld und Personal darauf, Flucht und Migration zu bekämpfen, anstatt sich intensiv darum zu bemühen, Ursachen von Menschenrechtsverletzungen und Gewaltkonflikten zu bekämpfen sowie die Klimakrise einzudämmen, die maßgeblich zur Zerstörung von Lebensgrundlagen beiträgt.



Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Wie werden Sie sich einsetzen für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird?
- 2 Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?
- 3 Werden Sie sich dafür starkmachen, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?
- 4 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?
- 5 Über 250 Städte und Gemeinden haben sich mittlerweile in Deutschland zu „Sicheren Häfen“ erklärt. Werden Sie sich dafür einsetzen, diesen Städten und Gemeinden endlich die Aufnahme von geflüchteten Menschen über die Zuweisungsschlüssel hinaus zu ermöglichen?
- 6 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant*innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt und dass in diesem Rahmen auch mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland eröffnet werden?

QUELLEN/LINKS

- SIPRI World military spending rises to almost 2 trillion in 2020**
 = <https://sipri.org/mediadocs/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020>
- Rüstungsexportbericht 2020 der GKKE**
 = <https://www.gkke.org/wp-content/uploads/2020/12/GKKE-09-REB.pdf>
- Herbert Wulf, Globaler Rüstungsboom, Internationale Politik und Gesellschaft, 06.04.2021**
 = https://www.ipig-journal.de/tuniken/ausen-und-sicherheitspolitik/artikel/globaler-ruestungsboom-5089/tum_campaign-de_40_2020.06&tum_premium-email&tum_source=newsletter
- Gemeinsamer Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten von 2008**
 = <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32008E0944&from=EN>
- Martina Fischer: EU Peace Facility. Wofür für Sicherheit weltweit? Blogbeitrag vom 19.09.2021**
 = <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-09-peace-facility-waeren-fuer-sicherheit-welweit/>
- Martina Fischer, Rat der EU beschließt European Peace Facility. Blogbeitrag vom 23.09.2021**
 = <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-09-der-eu-beschliesst-european-peace-facility/>
- Statement von Church and Peace zur EU-Politik vom Februar 2021**
 = <https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2021/02/Statement-C&P-sicherheitspolitische-Entscheidungen-EU/February-2021.pdf>
- Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung vom 12.07.2019**
 = https://www.wissenschaftsrat.de/download/download/2019/7827-19.pdf?__blob=publicationFile&v=7
- Hans Joachim Heinze, Zur Friedensfähigkeit von Systemen kollektiver Sicherheit am Beispiel der Vereinten Nationen – Friedensforschung, in: Handbuch der Außenpolitik, 2017, S. 421-433**
 = <https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2021/02/Statement-C&P-sicherheitspolitische-Entscheidungen-EU/February-2021.pdf>
- Sicherheitspolitik des SPD, 17. März 2018, Seite 142-143**
 = <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-23920-6>
- Matthias Leitner, Nach Covid-19 - Reboot der Vereinten Nationen, in PeaceLab-Blog vom 16.04.2020**
 = <https://peacelab.blog/2020/04/nach-covid-19-reboot-der-vereinten-nationen>
- Forderungen zur Änderung der Abgabenordnung / Gemeinnützigkeit (2020)**
 = https://www.zivilgesellschaft-lsg-gemeinnuetzig.de/wp-content/uploads/2020/07/Allianz-Rechtssicherheit_Sofort-Forderungen-Abgabenordnung_Gemeinnuetzigkeit_2019-11-25.pdf
- Jagd auf Flüchtlinge: Frontex und die Libysche Küstenwache, MONITOR vom 29.04.2021**
 = <https://www.wdr.de/daserate/monitor/sendungen/frontex-libyen-100.html>

herausgegeben von:
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
 = www.friedensdienst.de

Brot für die Welt
 = www.brot-fuer-die-welt.de
 = www.wohar-ruestung-leben.de

Bund für Soziale Verteidigung e. V.
 = www.soziale-verteidigung.de
Church and Peace - Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk
 = www.church-and-peace.org

Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)
 = www.forumzfd.de

Ohne Rüstung Leben e. V.
 = www.ohne-ruestung-leben.de

pax christi - Deutsche Sektion
 = www.paxchristi.de

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
 = www.zivilkonfliktbearbeitung.net

Initiative „Sicherheit neu denken“
 = www.sicherheitneudenken.de

Illustrationen designed by uphlink / Freepik

herausgegeben von



Brot für die Welt



church and peace
 Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk



Raum für Notizen



Fragen zur Bundestagswahl 2021

5 Wahlprüfsteine

„Halterner Forum
für Demokratie, Respekt und Vielfalt“

1 Flüchtlings- und Asylpolitik / Integrationspolitik / Menschenrechtspolitik

1.1 Flüchtlings- und Asylpolitik

- Die lange Unterbringung Geflüchteter in großen Landeseinrichtungen als lagerähnliche Einrichtungen mit rigorosen Hausordnungen und fehlender Privatsphäre verhindert nicht nur eine gezielte gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Sondern sie macht die oftmals traumatisierten Betroffenen auch krank, fördert die Isolation und setzt sie dort machtlos dem häufigen Fehlverhalten ihnen gegenüber aus. Hinzu kommen inakzeptable Gefährdungen während der Pandemie. Zahlreiche Grundrechte werden dabei verletzt oder außer Kraft gesetzt. Mit dem problematischen neuen Dienstleistungssicherheitsgesetz sollen verstärkt private Sicherheitsdienste in den zentralen Unterbringungseinrichtungen eingesetzt werden.
- Zudem leben die Geflüchteten und ihre Kinder in ständiger Angst vor Abschiebungen oder vor dem langen perspektivlosen Verweilen, mit psychischen Folgen. Die ehrenamtliche Betreuung und Beratung wird erschwert und bisweilen verhindert. Das politische Versprechen der beschleunigten Bearbeitung von Asylanträgen infolge der zentralen Unterbringung wurde nicht eingehalten. Im Vorjahr waren 31% aller abgelehnten Asylanträge von Gerichten zugunsten der Flüchtlinge aufgehoben worden.

Fragen zu 1.1)

Inwieweit werden Sie und Ihre Partei sich auf Bundes- und Landesebene für eine verkürzte, dezentrale, menschenwürdige und grundgesetzkonforme Unterbringung der Geflüchteten einsetzen und damit für eine Beendigung der bisherigen Unterbringungsform in großen Landeseinrichtungen mit all den negativen Begleitumständen? Und für wie sinnvoll oder problematisch halten Sie die erweiterten Befugnisse privater Sicherheitsdienste in den Flüchtlingsunterkünften (Stichwort: Dienstleistungssicherheitsgesetz)?

Was sollte Ihrer Meinung nach veranlasst werden, um die Behandlung und Betreuung der Geflüchteten und ihrer Kinder deutlich zu verbessern, ihren Aufenthalt in den Landeseinrichtungen bis zur Asylentscheidung erheblich zu verkürzen und ihnen in der Zeit die Wahrnehmung von Bildungs- und Ausbildungsangeboten und sinnvollen Betätigungen zu ermöglichen?

1.2 Integrationspolitik

- Während der Pandemie ist die Integrationspolitik nahezu zum Erliegen gekommen (und finanzielle Mittel wurden teilweise in die Corona-Hilfspakete umgeleitet.) Integrationsangebote im Präsenzformat fallen aus, der digitale Zugang ist nicht für alle gewährleistet. Beim 13. Integrationsgipfel der Kanzlerin im März 2021 wurde „Teilhabe als wesentlich für den Zusammenhalt einer Gesellschaft“ erklärt. Dafür seien „gegenseitiger Respekt und Zugehörigkeit unabdingbar“. Dafür müsse die Integration „systematisch gefördert und vorangebracht werden“.

- Der „Nationale Aktionsplan Integration“ wurde als theoretische Grundlage nun abgeschlossen (5 Jahre nach Beginn der großen Flüchtlingsbewegung 2015/2016), so dass „die erarbeiteten Modelle nun durch alle Akteure in Bund, Ländern und Kommunen in die Praxis umgesetzt werden sollen“. In der Phase IV und V geht es um „Zusammenwachsen und Zusammenhalt“, gegen Gewalt und Diskriminierung, um Einbürgerung, berufliche Integration, politische Bildung und Partizipation. Dies vor allem in den Bereichen Sport, Gesundheit und Medien, Kultur, Stadtentwicklung und Wohnen, ferner um Diversität in Vereins- und Wirtschaftsstrukturen und mittels interkultureller Öffnung der Verwaltungen.
- Der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung hat Ende 2019 dem Bundestag berichtet, dass die Migranten einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung sowie zur Produktivität Deutschlands und zur Volkswirtschaft sowie zum Beschäftigungszuwachs leisten. Damit zahlen sie deutlich mehr an Steuern und Sozialbeiträgen als sie umgekehrt vom Staat erhalten. Jeder 9. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ist ein Ausländer. Langfristig kann ihr Beitrag durch ein höheres Bildungsniveau noch gesteigert werden. Der Nutzen überwiegt die Kosten: Laut BAMF lagen die Kosten für die Flüchtlings- und Integrationsarbeit in 2018 bei insg. 20,8 Mrd. € (davon 7,5 Mrd. € von den Kommunen) und 6,8 Mrd. € für die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Fragen zu 1.2:

Welche konkreten politischen Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um die während der Pandemie brach gefallene Integrationsarbeit auf allen Ebenen wieder zu beleben und zu intensivieren?

Wie stellen Sie sich aus politischer Sicht die konkrete Umsetzung der theoretisch-abstrakten Zielsetzungen des Nationalen Aktionsplanes in den genannten Handlungsfeldern und Schwerpunkten vor? Wie und mit welchen Akteuren und Finanzmitteln sollen diese tatsächlich und praxisorientiert mit Leben gefüllt werden können?

An welchen Fluchtursachen soll nach den Vorstellungen Ihrer Partei mit welchen Mitteln und in welchen Zusammenhängen und Ländern vor allem angesetzt werden?

1.3. Menschenrechtspolitik

- Das Elend in Moria (mit 10.000 bis 20.000 Geflüchteten) und in anderen menschenunwürdigen unzumutbaren Lagersystemen an der europäischen Außengrenze ist keine „humanitäre Katastrophe“, sondern das Ergebnis einer menschenrechtswidrigen europäischen Politik, die auf die Auslagerung der Verantwortung für Flüchtlinge und Migranten*innen und deren Entrechtung abzielt. Deutschland und die EU entziehen sich der eigenen Verantwortung, die sie auf internationale Organisationen und an die „Grenzschutzagentur“ Frontex auslagern und fragwürdige Deals mit der Türkei und Libyen vereinbart haben.
- Die Frontex-Behörde ist in skandalöser Weise in illegale „Pushbacks“ (Zurückdrängen von Bootsflüchtlingsen) auf dem Mittelmeer involviert. Seit 2014 sind insgesamt fast 22.000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Internationale Hilfsorganisationen mit ihren Rettungsbooten werden kriminalisiert oder an der Rettung von Menschenleben gehindert. Die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus den griechischen Lagern nach Deutschland wird aufnahmewilligen Kommunen und Bundesländern politisch untersagt.

- Die Flüchtlings- und Asylpolitik ist zur bloßen Abschiebepolitik verkommen. Die politischen Strategien der europäischen Regierungen einschließlich Deutschlands sind eine Schande für Europa. Die Aussagen im Koalitionsvertrag klingen wie Hohn: „Das Grundrecht auf Asyl wird nicht angetastet. Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention, zu den aus dem Recht der EU resultierenden Verpflichtungen, zur Bearbeitung jedes Asylantrags sowie zur UN-Kinderrechtskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention.“

Fragen zu 1.3:

Werden Sie und Ihre Partei sich energisch für die Beendigung der menschenrechtswidrigen schändlichen Flüchtlings- und Asylpolitik der deutschen Regierung und der EU-Gremien einsetzen – und damit für eine schnellstmögliche Rückkehr zu einer menschenrechtskonformen und humanitären Politik?

Wie werden Sie sich dafür stark machen, dass Deutschland insgesamt sowie vorab aufnahmewillige Bundesländer und Kommunen weitere Kontingente an notleidenden Flüchtlingen aus den griechischen Lagern und aus dem Balkan aufnehmen dürfen?

2 Atomare Bedrohung / Rüstungs- und Abrüstungspolitik/ Sicherheits- und Friedenspolitik

2.1 Atomare Bedrohung

- Weltweit besitzen 9 Staaten insgesamt 13.400 Atomwaffen mit der Sprengkraft von 160.000 Hiroshima-Bomben, darunter auch über 500 Atomsprengköpfe in den 2 europäischen Atommächten Frankreich und England (aktuell will England eine neue Obergrenze für Atomsprengköpfe zwecks Ausbaus des Atomwaffenarsenals). Pro Minute werden fast 139.000 Dollar für Atomwaffen weltweit ausgegeben.
- In Deutschland im Fliegerhorst Büchel lagern ca. 20 Atomsprengköpfe der USA, die gerade erneuert werden und für deren Transport geeignete Flugzeuge der Bundeswehr neu angeschafft werden. Der gemeinsame Bundestagsbeschluss aller Fraktionen vom März 2010, sich bei der NATO und in den USA für deren Abzug nachdrücklich einzusetzen, wurde nicht umgesetzt. Deutschland beharrt innerhalb der NATO auf atomare Teilhabe und hat den aktuellen UN-Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnet.
- Die Stadt Haltern am See hat sich der weltweiten Initiative angeschlossen: „Bürgermeister gegen Atomwaffen“ und per Ratsbeschluss den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag gefordert.

Fragen zu 1):

Wie werden Sie und Ihre Partei sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und den Verzicht auf die „atomare Teilhabe“ einsetzen (im Sinne des fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschlusses von 2010) und die Öffentlichkeit an der Diskussion beteiligen?

Und werden Sie sich für die Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages und für ein weltweites Verbot aller Atomwaffen politisch engagieren, (wie bereits 2009 in einer gemeinsamen überparteilichen Erklärung von Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher und Egon Bahr von Deutschland gefordert)?

2.2 Rüstungs- und Abrüstungspolitik

- Das Rüstungsniveau ist weltweit auf weit über 1.900 Milliarden Dollar (1.900.000.000. \$ = fast 2 Billion \$) angestiegen, gegenüber nur 8 Mrd. Dollar für das Welternährungsprogramm. Pro Kopf der Weltbevölkerung werden somit 241 US-Dollar für Militär und Rüstung ausgegeben, das sind 170 mal mehr als für die Welthungerhilfe. Allein die USA geben mit 738 Mrd. Dollar zwölfmal so viel für Rüstung und Militär aus wie Russland (60,6 Mrd. \$) und viermal so viel wie China (193,3 Mrd. \$). Die Militärausgaben der 29 NATO-Staaten liegen bei 1.035 Mrd. \$. Die weltweite Hochrüstung dient längst nicht mehr der Sicherheit, sondern schafft neue Unsicherheit und Kriegsgefahren, wie 29 Kriege und bewaffnete Konflikte in 2020 zeigten
- Deutschland soll und will seinen Militäretat auf 85 Mrd. Dollar steigern (2%-Ziel) und hatte schon in den Vorjahren mit 10% die höchste Steigerungsrate unter den 15 größten Rüstungsnationen. Aktuell wird auch über den Einsatz bewaffneter Drohnen der Bundeswehr diskutiert sowie über den Aufbau einer eigenen europäischen Armee mit zusätzlichem Verteidigungshaushalt. Demgegenüber heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir bleiben dem Frieden verpflichtet: Gerechte Gestaltung der Globalisierung. Nachhaltige

Entwicklungspolitik. Mehr internationale Zusammenarbeit und Bekenntnis zur Abrüstung. Weitere Einschränkung von Rüstungsexporten:“

- Mit mehr als 1 Dtzd. Auslandseinsätzen weltweit auf drei Kontinenten und zwei Weltmeeren dient die Bundeswehr längst nicht mehr nur der Landesverteidigung, sondern Deutschland will eine stärkere militärische Rolle in allen Konflikt- und Krisenregionen übernehmen und hat aktuell eine Fregatte sogar ins südchinesische Meer entsendet, auch zur Sicherung der wirtschaftlichen Handelswege für die Exportnation Deutschland.
- Deutschland ist weltweit der viertgrößte Waffenexporteur, nach USA, Russland und Frankreich, noch vor China, die sich den weltweiten Waffenmarkt zu 76% aufteilen.. Entgegen dem weltweiten Trend erhöhten die deutschen Rüstungskonzerne die Ausfuhr von Waffen und Kriegsgeräten in den letzten Jahren um 21% (gegenüber nur +15% der USA) und exportierten in 2020 für über 1 Mrd. € Kriegswaffen ins Ausland, eine Steigerung um 40% gegenüber dem Vorjahr. Trotz der restriktiveren Rüstungsexportrichtlinien werden wegen permanenter Verstöße gegen die Regeln auch Waffen in Kriegs- und Krisenländern trotz Menschenrechtsverletzungen exportiert - entgegen der Aussage im Koalitionsvertrag: „Keine Rüstungsexporte in Krisengebiete“.

Fragen zu 2):

Ist in Ihrem Wahlprogramm das Ziel enthalten, statt noch weiter aufzurüsten eine energische Abrüstungs-Initiative politisch zu starten und die expansive deutsche Rüstungsproduktion einzuschränken? Werden Sie mit Ihrer Partei vor allem Waffen- und Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenländer sowie bei Menschenrechtsverstößen konsequent unterbinden – und wie soll dieses Ziel konkret umgesetzt werden?

Wie ist Ihre politische Haltung zu den erweiterten Auslandseinsätzen der Bundeswehr in allen Konflikt- und Weltregionen (einschließlich Südpazifik) sowie auch zur militärischen Sicherung der Rohstoffe und Handelswege aus Wirtschaftsinteressen?

Und wie stehen Sie persönlich zur Aufstockung des deutschen Verteidigungsetats auf 2% des BIP (= 85 Mrd. €) sowie zum parallelen Aufbau einer europäischen Armee (mit einem eigenen Anfangsetat von 5 Mrd. €, aus dem ohne Parlamentsbeteiligung bereits Rüstungsexporte finanziert werden)?

2.3 Sicherheits- und Friedenspolitik

- Derzeit ist das Thema Abrüstungs- und Entspannungspolitik nicht mehr auf der politischen Agenda in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, entgegen den eindeutigen Wünschen und Forderungen einer großen Bevölkerungsmehrheit laut allen Umfragen. Das Verhältnis zu Russland und die Spannungen und Bedrohungen übertreffen mittlerweile sogar die Zeiten des „kalten Krieges“. Eine Strategie zur Überwindung der Konfliktspirale ist nicht erkennbar, auch keine neue Verständigung mit Russland.
- Sicherheitspolitik wird politisch fast ausschließlich in militärischen Kategorien definiert und beschränkt sich auf die Außenbeziehungen unter geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen und Konkurrenzsituationen (unter nationalen und kontinentalen Eigeninteressen). Eine ganzheitliche Sicht unter Einbezug fairen Handels, Entwicklungspolitik, Partnerschaft und des Völkerrechtes und Interessenausgleichs kommt zu kurz. Ein von der Zivilgesellschaft getragenes Szenario "Sicherheit neu

denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik" wird bislang politisch nicht aufgegriffen.

- Der zweite bundesweite Bürgerrat hat zur Deutschlands Rolle in der Welt aktuell folgendes erarbeitet: „Deutschlands Rolle in der Welt sehen wir zukünftig als faire Partnerin und Vermittlerin, die gemeinschaftlich mit anderen, insbesondere mit der EU, eine Welt gestaltet, in der auch zukünftige Generationen selbstbestimmt und gut leben können. Dazu setzen wir uns global für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit ein. (...) Deutschland soll zwischen Russland und den USA eine vermittelnde und friedensstiftende Rolle einnehmen.“

Fragen zu 3):

Welche Vorstellungen und Konzepte haben Sie und Ihre Partei von der künftigen Sicherheits- und Friedenspolitik sowie Außen- und Entspannungspolitik, die über die Verteidigungspolitischen d.h. militärischen und wirtschaftlichen Kategorien und geopolitischen Eigeninteressen hinausweisen?

Und wie will ihre Partei einer weiteren Militarisierung der Außenpolitik entgegenwirken und dabei die Zivilgesellschaft und die Friedensbewegung mit einbeziehen, um friedensethischen Fragen und Konzepten mehr Beachtung zu geben?

3. Soziale Frage / Armuts- und Reichtumsverteilung / Würdige Arbeit/ Bezahlbares Wohnen als neue Soziale Frage

3.1. Soziale Frage / Armuts- und Reichtumsverteilung

- Seit dem Jahr 2000, also seit 20 Jahren, verzeichnet Deutschland einen rasanten Anstieg von Armut und sozialer Ungleichheit, so stellte die OECD fest. Der alljährliche Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung über die Lebenslagen in Deutschland zeigt die anhaltende und zunehmende soziale Schieflage auf, die sich in zurückliegenden 20 Regierungsjahren unter verschiedenen Regierungskoalitionen immer weiter verschlimmert hat, ohne dass versprochene Verbesserungen eingetreten sind, im Gegenteil: Stetige Zunahme der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung, der Kinderarmut, Altersarmut, Obdachlosigkeit, Mietpreissteigerungen und Wohnsituation, überschuldeten Haushalte, Armenspeisungen an Tafeln und Suppenküchen, Bildungsbenachteiligung usw. .
- Im Koalitionsvertrag steht zwar das Ziel „Wir bekämpfen Kinderarmut“, die im März 2018 von der Bundeskanzlerin als „Schande in einem reichen Land wie Deutschland“ bezeichnet wurde. Deshalb wollte sie erklärtermaßen die Gesellschaft bis zum Ende der Legislaturperiode „menschlicher machen“ - zumal Kinder nach den allgemeinen Menschenrechten Anspruch auf besondere Fürsorge, Unterstützung und sozialen Schutz haben. Doch in den 16 Jahren ihrer Regierungszeit (überwiegend mit der SPD als Koalitionspartner) ist im Ergebnis eher das Gegenteil bewirkt worden. Auch bis zum Ende der Wahlperiode sind mit nur geringfügigen finanziellen Nachbesserungen für Kinder und Familien die Ziele nicht erreichbar, obwohl im Koalitionsvertrag steht: „Familien und Kinder im Mittelpunkt“:
- Über 4 Mio. Kinder und 3 Mio. Rentner sind bereits heute von Armut betroffen. Allein während der Regierungsära Merkel ist die Kinderarmut von 14% auf 20% und die Zahl der Armutsrentner von 11% auf 19% angestiegen sowie die Zahl der Obdachlosen auf ca. 700.000 angewachsen. Und die Zahl derjenigen Bedürftigen, die auf Tafeln oder Suppenküchen angewiesen sind, hat sich von 0,5 Mio. auf 1,5 Mio. verdreifacht. Und das nicht erst seit der Pandemie, bei der die ohnehin sozial Benachteiligten nochmalige Verlierer sind und die Arbeitslosigkeit wieder steigt. Hinzu kommen die regionalen Divergenzen: Die Emscher-Lippe-Region als Armutsregion ist bundesweit die Problemregion Nr. 1 mit einer Armutsquote von 22,4 bis 26%. Die soziale Frage ist die größte Herausforderung der Politik, die bisher nur halbherzig und erfolglos an Symptomen kuriert hat.
- Der jüngste Armutsbericht vom 18. Januar 2021 bestätigt die Befürchtungen, dass die noch nicht absehbaren sozialen Folgen der Pandemie dramatisch werden könnten. Und zur bisherigen Vermögensverteilung heisst es: „Am oberen Ende der Einkommensverteilung zeigte sich, dass etwa 8 Prozent der Bevölkerung über mindestens das Doppelte des mittleren Äquivalenzeinkommens verfügen, etwa 2 Prozent über das Dreifache oder mehr. Die Anteile lagen seit dem Jahr 2005 konstant auf diesem Niveau. Betrachtet man die Haushalte nach der Höhe des Vermögens, entfielen auf die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung rund 1 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten 10 Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinten“. Die wenigen Reichen besitzen also fast alles und Millionen Menschen besitzen fast nichts. Die Hartz-IV-Sätze sind zuletzt um 7.-€ erhöht worden.

- Notwendige Finanzmittel für Investitionen für Soziales und Bildung gehen auch deshalb verloren, weil Steuerflucht, Steuervermeidung und –betrug sowie Steueroasen politisch nicht energisch genug bekämpft werden. Allein durch Steuerflucht gehen jährlich geschätzte 100 Mrd. € verloren und fehlen dem Sozialhaushalt, wo die Mittel dringend benötigt werden.

Frage zu 3.1:

Welches sozialstaatliche Gesamtkonzept mit welchen wirksamen Maßnahmen und Reformvorhaben hat sich ihre Partei vorgenommen für eine Beseitigung der sozialen Ungleichheit und der Armutsentwicklung sowie für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung z. B. über die Steuerpolitik etc.?

Wie wollen Sie die gesellschaftliche Teilhabe der sozial Benachteiligten bzw. die Aufhebung ihrer Benachteiligung in allen Bereichen - einschließlich gleicher Bildungschancen unabhängig von Herkunft und Einkommen - politisch erwirken?

Welchen Stellenwert sollen die folgenden Themen in Ihrem Regierungsprogramm einnehmen: Erbschafts- und Vermögenssteuer, Bürgerversicherung, armutsfeste Rente, Alternativen zu Hartz IV, Rückführung privatisierter Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in die öffentliche Hand?

3.2 Würdige Arbeit

- Während der Pandemie sind die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in den Alten- und Pflegeheimen, in den Schlachtbetrieben sowie bei den Online- und Lieferdiensten in das Brennglas der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten, die vorher über Jahrzehnte politisch hingenommen wurden. Über Beifallsbekundungen hinaus gab es zwar politische und gesetzliche Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung, aber nur mit begrenztem Erfolg. Dabei werden die betroffenen Selbständigen und Kulturschaffenden vergessen, die nicht abgesichert sind und teilweise ins Bodenlose fallen. Der gewerkschaftliche Kampf um das Recht auf Arbeit, faire und gerechte Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie soziale Absicherung und verbesserte Mitbestimmungsrechte stößt auf immer neue Herausforderungen angesichts längst überwunden geglaubter Verhältnisse mit sklavenähnlichen Abhängigkeiten.
- Zugleich traten die gnadenlose Ökonomisierung des überlasteten Gesundheitssystems sowie die generelle Problematik der Zeit- und Leiharbeit und der Mindestlöhne in unsicheren und prekären sowie ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zutage, die sich fernab von „Normalarbeitsverhältnissen“ bewegen - mit dem Effekt: „Arm trotz Arbeit“. Demgegenüber strebte der Koalitionsvertrag „Gute Arbeit und soziale Teilhabe“ an, zu dem es nur einzelne kleine Schritte zur Verbesserung gab, die aber die grundlegenden Probleme nicht nachhaltig beseitigen. Vor allem sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz lebenslanger Berufstätigkeit immer noch nicht hinreichend vor Altersarmut geschützt.
- Auch mit Blick auf die ärmeren Länder weltweit sind produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige gute Arbeit für alle, die nicht krank macht und mit einer Bezahlung honoriert wird, von der die Menschen ihren Lebensunterhalt (ohne Kinderarbeit) bestreiten können, in den öffentlichen Fokus geraten. Dennoch hat sich die Regierung schwer getan, den UN-Vertrag zu unterschreiben, in dem die verbindlichen Menschenrechtsnormen für transnationale Konzerne und Unternehmen festgelegt

werden, um die Menschen in ärmeren Ländern vor Ausbeutung, aber auch vor Landvertreibung, Korruption oder Bedrohung ihrer Gewerkschaftsvertreter zu schützen

- Unser Ziel als Halter Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt ist würdige Arbeit. Wir wollen den Schwachen eine Stimme geben. Würdige Arbeit ist gekennzeichnet durch einen sicheren Arbeitsplatz mit einem festen und verlässlichen Einkommen in ausreichender und gerechter Höhe, das nicht zu Altersarmut führt. Ein Arbeitsplatz, an dem man vor körperlicher Beeinträchtigung geschützt ist. Das ist aber nicht alles: der Würde des Menschen in der Arbeit ist eine interessante, abwechslungsreiche und sinnhafte Arbeit förderlich, eine Tätigkeit, auf die man stolz sein kann. Eine, die mit guten sozialen Beziehungen zu KollegInnen und VorgesetztenInnen einhergeht. Die Möglichkeiten bietet, selbst Einfluss auf Arbeitsinhalt und -ablauf nehmen (Partizipation) und sich weiterentwickeln zu können (Lernen in der Arbeit).

Frage zu 3.2:

Mit welchen politischen Konzepten und konkreten Maßnahmen wollen Sie und Ihre Partei würdiger Arbeit mit fairer Bezahlung zum Durchbruch verhelfen?

In welcher Weise wollen Sie dabei mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Betriebsräten und Betroffenen eng zusammenarbeiten und auf die Wirtschaft einwirken, um für alle Unternehmens - und Beschäftigungsformen die Mitbestimmung und ihre Erweiterung gesetzlich zu gewährleisten?

Was halten Sie von der Idee, über steuerliche Anreize einerseits und Aufschläge andererseits (im Sinne staatlicher Bonus-Malus-Regelungen oder Zertifizierungen) die Betriebe nach den jeweiligen Arbeitsbedingungen und der Mitbestimmungspraxis staatlicherseits zu belohnen oder zu sanktionieren?

3.3 Bezahlbares Wohnen als neue Soziale Frage

- Im Koalitionsvertrag ist die derzeitige Regierung angetreten, mit einer „Wohnraumoffensive“ (für 1,5 Mio. neue Wohnungen und Eigenheime) für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen und die Kommunen bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Mit einem „Wohnungsgipfel“ und einem „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ sollte dem Vorhaben Nachdruck verliehen werden. Der Innenminister als Wohnungsbauminister hatte im Februar 2021 auf dem Wohnungsgipfel eine positive Bilanz des „größten Wohnungsbauprogramms seit dem 2. Weltkrieg“ (mit 1,2 Mio. Wohnungen bis Ende 2021) gezogen und das angepasste Wohngeld und Baukindergeld hervorgehoben.
- Die Opposition, die Sozialverbände und die Mieterverbände kritisierten jedoch, dass nur 25.000 Sozialwohnungen gebaut wurden, das sind nicht einmal 9% der neu gebauten Wohnungen. Zugleich sind fast 65.000 bestehende Sozialwohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Die frei finanzierten Neubauwohnungen sind für viele nicht bezahlbar. Das Ziel von 100.000 zusätzlichen Sozialwohnungen wurde glatt verfehlt und die Bilanz schön gerechnet. Insgesamt sind 300.000 Wohnungen zu wenig gebaut worden, wie sogar die Immobilienwirtschaft als Defizit bemängelte. Versprochen wurden etwa 375.000 neue Wohnungen pro Jahr. 2019 wurden aber nur 293.000 Wohnungen fertiggestellt, im Jahr davor waren es gut 283.000.
- Unverändert gibt es einen großen Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen nicht nur in Ballungsgebieten und großen Städten, sondern mittlerweile auch im ländlichen Umland der Städte und Ballungsräume, wie etwa auch in Haltern als extrem teure Wohnstadt für

Mieter wie für Hausbauer und als Tummelplatz für Grundstücksspekulanten. Eigenheime sind für junge Familien unerschwinglich, die Kauf- und Grundstückspreise verdoppeln sich alle 10 Jahre. In den Städten werden Immer mehr Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt oder luxussaniert. Und immer mehr Wohnungen gelangen in das Eigentum großer Wohnungsbaukonzerne; die meisten städtischen Wohnungen wurden privatisiert. Immer mehr Mieter werden aus ihren angestammten Wohnquartieren verdrängt. Der „Wohnungsmarkt“ ist den Marktkräften geradezu ausgeliefert, die am spekulativen Immobilienmarkt ungebremst walten.

- Fast überall explodieren die Mietpreise und der „Mietendeckel“ hat sich nur sehr begrenzt als wirksam erwiesen. Statt Gesetze zur dauerhaften Mietsenkung und Rechtssicherheit für das Wohnen zu erlassen, geht Bauminister Seehofer gegen den Mietendeckel vor. Im April 2021 ist der Berliner Mietendeckel vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden, weil es Aufgabe des Bundes sei, ein wirkungsvolles Mietpreisrecht mit Sozialverträglichkeit für Mieter neu zu entwickeln. In Berlin läuft ein Volksbegehren zur Enteignung der Wohnungskonzerne, die sich Hunderttausende Wohnungen angeeignet haben und ihren Aktionären hohe Dividenden abwerfen sollen. Bei den Schuldnerberatungen erweisen sich oftmals die unbezahlbaren hohen Mietpreise und Mieterhöhungen als Schulden- und Armutsursache. Vereinzelt kommen wieder „Hausbesetzungen“ und drastische Mieterproteste auf. Die Wohnungsfrage ist zur sozialen Frage Nr. 1 geworden und das Grundrecht auf Wohnen scheint in Gefahr zu geraten.

Fragen zu 3.3:

Wie will ihre Partei das drängende Problem der bezahlbaren Wohnungen in ausreichender Zahl konkret angehen, um das Grundrecht auf Wohnen schnellstmöglich zu gewährleisten?

Wie will Ihre Partei die Rechte der Mieter notwendigerweise stärken?

Wie wollen Sie die Grundstücks- und Mietpreisexplosion gesetzlich unterbinden? Gibt es ein Konzept Ihrer Partei für eine notwendige Bodenrechtsreform als grundlegende Voraussetzung für eine dauerhafte Preisdämpfung?

4 Demokratie und Bürgerbeteiligung/ Lobbyismus/Rechtspopulismus

4.1 Demokratie und Bürgerbeteiligung

- Nach 72 Jahren ist der Eindruck entstanden: Unsere ermüdete parlamentarische Parteien-Demokratie bedarf einer „Frischzellenkur“ durch partizipatorische Weiterentwicklung, mehr Transparenz und verbesserter Wahlverfahren einschl. Wahlrechts- und Parlamentsreform: Umfragen zufolge fühlt sich die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger als Souverän von den gewählten Politikern nicht gehört und nicht repräsentiert. Ihr Vertrauen in Parteien, Regierungen und Parlamente nimmt ab und damit sinkt auch die Wahlbeteiligung. Besonders groß ist die Kluft zwischen Jugendlichen und Politikern. Das Krisenmanagement der Corona-Krise hat das Vertrauen in die Politik zusätzlich erschüttert. Nur knapp 2% der wahlberechtigten Bevölkerung ist in demokratischen Parteien organisiert. Aber 60% bis 70% möchten mehr direkte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten.

Fragen zu 1):

Welche Ideen, Vorschläge und Konzepte hat Ihre Partei, um bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie Jugendlichen verlorenes Vertrauen in eine wirklich repräsentative Demokratie zurückzugewinnen, die Wahlbeteiligung und –verfahren zu verbessern und das Engagement in Parteien attraktiver zu machen?

Und wie wollen sie die überfällige Parlamentsreform (Verkleinerung des Bundestages) angehen?

Wie stehen Sie und Ihre Partei zu verstärkter Bürgerbeteiligung einschließlich plebiszitärer Elemente auch auf der Bundesebene? Sind Ihnen dazu die 22 Empfehlungen des ersten bundesweiten Bürgerrates (vom September 2019) bekannt und wie bewerten Sie diese?

4.2 Lobbyismus

- Politik- und Parteienverdrossenheit nehmen nicht zuletzt wegen aktueller und permanenter Lobbypolitik und Verquickung von Mandat und Geschäft zu, mit allzu großer Nähe von Politik und Wirtschaft. Die politische Glaubwürdigkeit und das Vertrauen sind vielfach erschüttert: Gehäufte Fälle mit lukrativer Nebentätigkeiten von Mandatsträgern bis hin zu Korruption und Bestechlichkeit, problematische Parteienfinanzierung, zu geringe Karenzzeiten und Einfluss von Lobbyisten auch auf Ministerien haben den Ruf nach einem transparentem Lobbyregister, strengeren Regeln und Strafbarkeit aufkommen lassen. Freiwillige Selbstverpflichtungen reichen offenbar nicht aus.

Fragen zu 2):

Was soll Ihrer Meinung nach ein transparentes und verpflichtendes Lobbyregister alles enthalten? Und wie stehen Sie zu verschärfter Strafbarkeit für Bestechlichkeit und Korruption?

Welche Einstellung haben Sie als Abgeordneter zu Nebentätigkeiten, deren Beschränkung und transparenter Offenlegung? Welche Karenzzeit zum Wechsel in die Wirtschaft nach Mandatsende halten Sie für angemessen?

Welche Obergrenzen, Beschränkungen und welche Transparenz-Regeln halten Sie bei der Parteienfinanzierung für sinnvoll und erforderlich?

4.3. Rechtspopulismus

- Rechtspopulismus, Nationalismus und Rassismus sowie Antisemitismus haben bedenkliche Ausmaße angenommen und sogar Eingang in die Parlamente gefunden. Die nachlassende politische Diskursfähigkeit in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und in der veränderten Medienlandschaft führt zu Polarisierungen und Radikalisierungen. Die Gefahren für unsere Demokratie und das Zusammenleben werden teilweise unterschätzt.

Fragen zu 4.3):

Mit welchen Strategien und Maßnahmen will ihre Partei dieser Fehlentwicklung entgegenwirken?

Und in welcher Weise will sie dazu beitragen, die Gesellschaft wieder zu einem weltoffenen, liberalen, rechtsstaatlichen und menschenrechtskonformen demokratischen Klima mit politischer Diskursfähigkeit hin zu führen?

Was muss sich dazu Ihrer Meinung in der Bildungspolitik und Sozialpolitik ändern?

5. Umwelt- und Klimapolitik / Artenschutz und Biodiversität/ Mobilitäts- und Verkehrswende

5.1 Umwelt- und Klimapolitik

- 2020 war ein verlorenes Jahr für den Klimaschutz. Corona-bedingt fiel im letzten Jahr die Klima-Konferenz aus und wurde um ein Jahr vertagt auf November 2021 in Glasgow. Die Erderwärmung wurde nicht gestoppt, sondern das Jahr 2020 galt als das wärmste Kalenderjahr Europas. Die Treibhausgas-Emissionen erreichten 2019 einen Rekordwert von fast 60 Gigatonnen. Im rheinischen Braunkohle-Tagebau müssen weiterhin Dörfer dem Bagger weichen. Die Verantwortlichen begreifen nicht, dass Klimawandel nichts ist, was in der Zukunft stattfindet, sondern er ist bereits da und beeinflusst unser menschliches Leben. Extremwetterverhältnisse, Waldbrände und Gletscherschmelze brechen alle Rekorde. Der UN-Generalsekretär Guterres stellte im Dezember 2020 fest: „Der Planet ist kaputt“.
- „Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und dadurch zu verhindern, dass die Kippunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weitaus höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe“ (*Fridays for Future*).
- Fridays for Future fordert deshalb die konsequente Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Dazu müsse Deutschland bei den Treibhausgasen bis 2035 Nettonull erreichen, den vollständigen Kohleausstieg bis 2030 vollziehen und bis 2035 die Umstellung auf 100% erneuerbare Energie erreicht haben. Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels sei es, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren, indem ab sofort die Subventionierung für fossile Energieträger beendet und ein Viertel der Kohlekraftwerke abgeschaltet wird sowie eine CO²-Steuer auf alle Treibhausgas-Emissionen in Höhe von 180 €pro Tonne CO² erhoben wird.
- Der aktuelle klimapolitische Kurs der Bundesrepublik ist von dem verbindlichen Ziel des Pariser Abkommens noch weit entfernt und getroffene Entscheidungen gehen zu Lasten ärmerer Regionen und nachfolgender Generationen. Die bislang vorgesehenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die Höchstmengen klimaschädlicher Treibhausgase in den einzelnen Bereichen einzuhalten und es fehlt an einem ehrgeizigen Programm zur Zielerreichung. Die nachhaltige Zusammenarbeit auf europäischer und globaler Ebene und sofortige Handlungsinitiativen auf kommunaler, regionaler und Landes- und Bundesebene bedürfen der höchsten Priorisierung, um die ambitionierten Ziele für eine Wende zu erreichen, unter Einbeziehung der jungen Menschen in die demokratischen Entscheidungsprozesse für ihre lebenswerte Zukunft.

Fragen zu 5.1

Wie will ihre Partei die (bislang unzureichenden) politischen und gesetzlichen Zielvorgaben für den Klimaschutz wesentlich ambitionierter, konsequenter und prioritärer ausrichten, um die (größtenteils verfehlten) Pariser Klimaziele tatsächlich zu erreichen? Wie wollen sie vom bloßen Reden zum wirkungsvollen Handeln kommen?

In welcher Weise gedenkt ihre Partei, die besonders betroffene junge Generation in die politischen Entscheidungsprozesse stärker einzubinden und die von der Jugend geforderte strikte Orientierung an den wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht länger zu ignorieren?

Wie wollen Sie dazu beitragen, dass Klimaschutz im Wahlkampf nicht bloß als ideologisch gefärbter Parteienstreit mit gegenseitigen Schuldzuweisungen thematisiert wird, sondern als parteiübergreifendes und gesamtgesellschaftliches Kernanliegen in der Verantwortung aller behandelt wird?

5.2. Artenschutz und Biodiversität

- Der alarmierende UN-Weltbericht von 2019 hat die erschreckenden Ausmaße der fortschreitenden Landschafts- und Naturzerstörung mitsamt dem dramatischen Artensterben verdeutlicht: Der immense Flächenverbrauch durch Zersiedelung, die industrialisierte Landwirtschaft und das Abholzen von 100 Mio. ha Regenwald – hierbei gehören Europas und Deutschland zu den größten Waldzerstörern auf der Weltrangliste – sind ebenso zerstörerisch wie die Klimakrise, wie der Weltbiodiversitätsrat untersucht hat. Deshalb vollzieht sich der Niedergang der Natur in einem Atem beraubenden und bisher nie dagewesenen Tempo. Der „Flächenfraß“ mit seinen Begleiterscheinungen ist ebenso zerstörerisch wie die Klimakrise. Es bedarf deshalb gleichgewichtiger Gegenmaßnahmen zur deutlichen Reduktion des anhaltenden Flächenverbrauchs an allen Orten.
- Andernfalls wird das Ökosystem der Erde immer weiter und schneller zerstört. Das von Menschen verursachte erschütternde Ausmaß des dramatischen Artensterbens wird bereits sichtbar: Von 8 Mio. Tier- und Pflanzenarten sind bis zu 6 Mio. bereits vom Aussterben bedroht. Kein einziges Ziel der Biodiversitäts-Konvention (als völkerrechtlicher Vertrag) wurde erreicht. Und die Massentierhaltung sowie der Fleischkonsum beschleunigen die negative Entwicklung. In Deutschland hat sich während der letzten 60 Jahre zudem die Siedlungs- und Verkehrsfläche mehr als verdoppelt. Davon sind ca. 50% vollständig versiegelt. Jede Sekunde werden irgendwo im Bundesgebiet weitere 8 m² für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen beansprucht, das sind über 100 ha Hektar pro Tag.
- Dabei sollte die weltweite Pandemie die Menschen gelehrt haben: Die Wiederholungsgefahr des Überspringens gefährlicher Viren aus der Tierwelt auf den Menschen infolge ökologisch bedrohter natürlicher Lebensräume ist zu vermeiden. Flächenschutz ist Artenschutz und Klimaschutz sowie Gesundheitsschutz (Pandemie-Vorbeugung). Da sich jedoch in Jahresringen die Landschaftszersiedelung und der Flächenverbrauch für Wohnen, Gewerbe und Verkehr insbesondere durch die expansive kommunale Siedlungspolitik immer weiter fortsetzen, bedarf es sofortiger Maßnahmen zum Flächenschutz, weil die Natur mit ihrer biologischen Vielfalt bedroht ist.
- Die Dramatik dieses Problems wird von den politischen Entscheidungsträgern unterschätzt und vor allem bei den Kommunen ist das Alarmsignal noch nicht angekommen, (ebenso nicht bei der Regional- und Landesplanung in NRW). Die EU hat demgegenüber die „Biodiversitätsstrategie 2030“ zur Chefsache erklärt; außerdem soll 30% der Flächen unter Schutz gestellt werden. Deutschland wird jedoch von der EU vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, weil es weder das 30% Ziel erreicht hat noch die Habitat-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen beachtet, obwohl die Umsetzungsfrist seit 10 Jahren abgelaufen ist. Zudem hat die Deutsche Umwelthilfe die Bundesregierung nun beim OVG auf die

Einhaltung der Klimaziele in den Sektoren Energie, Industrie, Gebäude und Landwirtschaft verklagt.

- Die deutsche Regierung hat zwar eine „Nachhaltigkeitsstrategie 2030“ im Koalitionsvertrag verankert. Danach soll u. a. der Flächenverbrauch bis 2030 halbiert werden und bis 2050 durch Flächenkreislaufwirtschaft auf netto Null reduziert werden. Doch an der konsequenten Umsetzung der verbindlichen Vorgaben hapert es auf allen Ebenen. Lediglich zu den (unzureichenden) Klimazielen hat z.B. die NRW-Landesregierung per Gesetz verordnet, dass die Kommunen künftig alle Planungen und Vorhaben einem Klima-Anpassungscheck unterziehen müssen. Für den Flächenverbrauch gilt das noch nicht, so dass viele Zielvorgaben vorerst nur auf dem Papier stehen.

Fragen zu 5.2

Mit welchen Schritten und Maßnahmen will ihre Partei dafür sorgen, dass die deutsche „Nachhaltigkeitsstrategie 2030“ und die „Biodiversitätsstrategie 2030“ der EU zugunsten des Flächen- und Artenschutzes künftig auf allen Ebenen konsequent eingehalten und nicht länger vernachlässigt wird?

Wie erklären Sie sich das Politikversagen, dass die Bundesrepublik auch 10 Jahre nach Fristablauf die Zielvorgaben der EU für die Schutzflächen nicht erreicht bzw. komplett verfehlt hat - und deshalb vor dem EU-Gerichtshof verklagt wird – und was soll politisch (möglichst unter Einbeziehung der Umweltverbände) geschehen, damit dies in Zukunft vermieden wird?

5.3 Mobilitäts- und Verkehrswende

- Der Verkehr ist für ein Fünftel (in Europa sogar für ein Drittel) der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Im Gegensatz zu anderen Sektoren hat sich der CO²-Ausstoß im Verkehr nur unzureichend verringert. Auch die Luft in vielen Städten ist durch Feinstaub etc. gesundheitsgefährdend schmutzig. Laut einer neuen Untersuchung des Max-Planck-Instituts für Chemie kommen deutschlandweit rund 120.000 Menschen jährlich aufgrund von Feinstaub vorzeitig ums Leben. Verantwortlich dafür sind die fossilen Verbrennungsmotoren von PKW und LKW. In 2019 wurden ca. 387.000 Personen durch Unfälle im deutschen Straßenverkehr verletzt, allein in NRW wurden 71.000 Personen verletzt oder getötet. Im Jahr 2000 gab es bundesweit rund 3.000 Verkehrstote zu verzeichnen.
- Die Umweltverbände beklagen, dass eine echte Mobilitätswende und Transformation im Verkehrssektor weder in der EU-Strategie (während der deutschen Ratspräsidentschaft) noch bei den Konzepten des deutschen Verkehrsministeriums unter Minister Scheuer erkennbar ist. (Mit seiner Verkehrspolitik sind Umfragen zufolge 75% der Bevölkerung unzufrieden). Zwar gebe es angestrebte Verbesserungen beim Bahnverkehr und Nahverkehr und für attraktivere Bahnhöfe (mit den bislang höchsten Fördergeldern). Aber trotz der propagierten Elektromobilität sei die Regierung immer noch „zu autofixiert zur Rettung des Verbrennungsmotors mit Hilfe strombasierter Kraftstoffe“, aber auch beim Fernstraßenausbauprogramm oder bei der wenig nachhaltigen Gestaltung des städtischen Lieferverkehrs. Jedes 5. neu zugelassene Auto ist ein umweltschädigender SUV, obwohl ihr Verbrauch 25% über dem eines normalen PKW liegt.
- Auch beim Abbau umweltschädlicher Subventionen (Dieselprivileg) und bei der mangelnden Anlastung der Umweltkosten an alle Verkehrsträger (z.B. durch LKW-Maut und Klimaabgabe) sowie bei der Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Schiff

sei die Bundesverkehrspolitik zu zögerlich und inkonsequent. Die Schadstoffbelastungen in vielen Städten werden weiterhin überschritten, so dass es zu Klagen der Umwelthilfe kommt. Die Einschränkung des umweltbelastenden und weiterhin hoch subventionierten Flugverkehrs oder zumindest die Erhebung einer Kerosinsteuer oder ein Fluglärmgesetz sind kaum ein Thema. Umweltschützer fordern die Schließung kleiner Flughäfen.

- Die Offensive für den Öffentlichen Nahverkehr und den Radverkehr geht nach Auffassung der Kritiker und Verbände trotz erhöhter Fördergelder und -programme zu schleppend voran, weil Fuß- und Radwege sowie Nahverkehr immer noch keinen Vorrang vor dem Autoverkehr haben und das Parken in den Innenstädten nicht eingeschränkt und verteuert wird. Der Stadtumbau gehe nur zögerlich voran. Der „nationale Radwegeplan“ mit Steigerung des Radverkehrs von 10% auf 15% sei nicht ambitioniert genug. Auch die Verkehrssicherheit für die Radfahrer sei laut Unfallstatistik unzulänglich. Einen Nulltarif für den ÖPNV (nach dem Vorbild von Luxemburg und einigen europäischen Großstädten) lehnte Verkehrsminister Scheuer auf dem Mobilitätsgipfel „Mobilität 2030“ ab, obwohl schon 2018 die beiden damaligen Bundesminister für Umwelt, Verkehr und der Kanzleramtsminister dazu einen Modellversuch in 70 deutschen Städten starten wollten.

Fragen zu 5.3:

Welchen Stellenwert nimmt in Ihrem Parteiprogramm die Verkehrs- und Mobilitätswende mit welchen Strategien, Prioritäten, Schwerpunkten und Maßnahmen ein?

Was wird sich gegenüber der bisherigen Verkehrspolitik ändern? Wo wollen sie um- oder nachsteuern und welche zeitliche Zielvorstellungen bestehen für Umsteuerung in den einzelnen Verkehrssektoren und deren Verknüpfung?

Wo liegen ihren Meinung nach die größten Defizite und Handlungsbedarfe und wo der größte Finanzierungsbedarf?



Raum für Notizen

**„Frieden braucht Gesellschaft!“
Forderungen zur Bundestagswahl 2021**

Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland und Europa stärken

1. Die Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland kann der zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Polarisierung entgegenwirken, Gewalt und Radikalisierung verhindern und eine gewaltfreie Streitkultur fördern.
Die nächste Bundesregierung sollte Zivile Konfliktbearbeitung als zentrales Handlungsfeld in das Programm „Demokratie Leben!“ und vergleichbare Programme aufnehmen sowie eine gesetzliche Grundlage zur Förderung einer wehrhaften und lebendigen Demokratie etwa im Rahmen eines Demokratieförderungsgesetz schaffen.
2. Auch die Europäische Union muss Antworten auf die zunehmenden innergesellschaftlichen Konflikte und Polarisierung in den Mitgliedsstaaten finden.
Die nächste Bundesregierung sollte daher ein neues EU-Programm zur innergesellschaftlichen und kommunalen Konfliktbearbeitung vorschlagen, das die Kompetenzen zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteur*innen in Ziviler Konfliktbearbeitung stärkt.

Zivilgesellschaft und Friedensförderung weltweit stärken

3. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine entscheidende Bedeutung für die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Doch diejenigen, die sich für Menschenrechte, Umweltschutz und Frieden einsetzen, werden immer häufiger in ihren Aktionsmöglichkeiten eingeschränkt, bedroht oder gar ermordet. Die politische und finanzielle Unterstützung von Zivilgesellschaft muss eine Priorität der Politik im Inland sowie in der Außen- und Entwicklungspolitik sein.
4. Die Haushaltsmittel für zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, für den Zivilen Friedensdienst und das Förderprogramm zivik, für Programme zum Ausbau von Mediationskapazitäten sowie zivilgesellschaftliche Programme der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen müssen deutlich und planvoll erhöht werden und es müssen für alle Programme mehrjährige Förderzusagen eingeführt werden.
5. Die Europäische Union war und ist für viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Europa und im globalen Süden eine wichtige Unterstützerin. Im Rahmen der jährlichen EU-Haushaltsplanung sollte sich die Bundesregierung für eine deutliche Erhöhung der Etats für Entwicklungszusammenarbeit, Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einsetzen. Und sie muss sicherstellen, dass Mittel aus diesen Etats entsprechend den ODA-Kriterien, bzw. ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden.

Strukturelle Konfliktursachen adressieren

6. Ein wichtiger Beitrag zum Frieden ist es, negative Auswirkungen deutscher Politik und Gesetzesvorhaben auf Konfliktodynamiken in anderen Ländern zu vermeiden. Daher sollte analog zur Prüfung nach dem Do-No-Harm-Prinzip für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Staaten und zur bestehenden Nachhaltigkeitsprüfung eine Prüfung der Friedensverträglichkeit von Gesetzesvorhaben eingeführt werden.
7. Auch die EU-Nachbarschaftspolitik sollte sich an Krisenprävention und ziviler Konfliktbearbeitung ausrichten und die Ursachen von Gewaltkonflikten in den Blick nehmen. Um die Zusammenarbeit der EU mit den afrikanischen Staaten zu verbessern, muss die Kooperation mit Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union (AU) und ECOWAS ausgebaut werden und deren diplomatisches Potenzial stärker genutzt werden.
8. Eine gleichberechtigte Partnerschaft beispielsweise mit der AU und ihren Mitgliedsstaaten ist nur möglich, wenn Europa sich seiner Schuld und Verbrechen der Kolonialzeit offen stellt. Die nächste Bundesregierung sollte sich gegenüber den EU-Mitgliedsstaaten für eine europäische Debatte über das koloniale Erbe Europas und einen entsprechenden Dialog mit Ländern und Akteur*innen des globalen Südens einsetzen. Solche Dialoge müssen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen beteiligen.

Rüstungsexporte restriktiver und rechtsverbindlich regeln

9. In Deutschland sollte die Bundesregierung umgehend ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz auf den Weg bringen, das Lieferungen an Drittstaaten ausschließt und Exporte streng kontrolliert. Nur so kann verhindert werden, dass aus Deutschland Waffen oder militärische Ausrüstung in Kriegs- und Krisenregionen oder in Länder, die an kriegerischen Handlungen beteiligt sind und/oder Menschenrechte systematisch verletzen, gelangen.
10. Zusätzlich sollte sich die Bundesregierung für eine gemeinsame rechtsverbindliche, restriktive Verordnung der Europäischen Union zur Rüstungsexportkontrolle einsetzen. Waffenlieferungen aus der EU an Drittstaaten, die an Kriegen beteiligt sind oder deren Regierungen Menschenrechte verletzen müssen ausgeschlossen werden.

Sicherheitspolitik friedenslogisch gestalten

11. Die Bundesregierung sollte das Konzept Gemeinsamer, kooperativer Sicherheit weiterentwickeln und in allen multilateralen Institutionen (OSZE, NATO, Vereinte Nationen) mit Nachdruck vertreten. Dazu sollte die Bundesregierung multilaterale Institutionen – allen voran die VN und ihre Regionalorganisationen – stärken und ihre finanziellen und personellen, nicht zweckgebundenen Beiträge für internationale Institutionen wie die OSZE und Finanzierungsinstrumente der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen für Abrüstung, Frieden und Menschenrechte deutlich erhöhen.



12. Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen finanziell und personell gestärkt werden. Die Bundesregierung sollte dafür eintreten, als ersten Schritt weltweit die Rüstungsetats um 10% zu senken, damit in allen Staaten mehr Mittel für Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs, des Klimaschutzes und der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung stehen.
13. Der Bundestag und die Bundesregierung müssen den Beschluss des Deutschen Bundestags von 2010 zum Abzug der letzten in Deutschland stationierten Atomwaffen umsetzen und Deutschland muss dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.
14. Die nächste Bundesregierung muss die Friedens- und Konfliktforschung weiter ausbauen und dabei sowohl die Vielfalt der Einrichtungen und Forschungsgebiete als auch die internationale Vernetzung sowie den Austausch von Forschung und Praxis stärken. Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats muss sie dringend die Fördertätigkeit der zuständigen Bundesstiftung, der Deutschen Stiftung Friedensforschung, finanziell langfristig absichern.

Berlin, Februar 2021

Herausgegeben vom Sprecher*innenrat der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Raum für Notizen



Rüstungsexporte abwählen!

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Sehr geehrte Wählerin, sehr geehrter Wähler,

die Bundesregierung betont stets, »eine zurückhaltende und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik« zu verfolgen – doch davon kann keine Rede sein. Deutschland gehört weiterhin zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt! In den letzten fünf Jahren stieg das Volumen deutscher Rüstungsexporte sogar um 21 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum von 2011 bis 2015. Im Jahr 2019 erreichten die Rüstungsexportgenehmigungen den traurigen Rekordwert von über acht Milliarden Euro!

Die Bundesregierung genehmigte in den letzten Jahren milliardenschwere Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten und an Länder, die an Kriegen beteiligt sind – z.B. im Jemen, in Libyen oder Nordsyrien. Wie ist das trotz der vorgeblich »äußerst restriktive(n) Genehmigungspolitik« möglich?

Die aktuelle rechtliche Grundlage für die Kontrolle deutscher Rüstungsexporte ist kompliziert, lückenhaft, widersprüchlich und bietet der Regierung viel Interpretationsspielraum. Die Möglichkeiten parlamentarischer und öffentlicher Kontrolle sind gleichzeitig völlig unzureichend. Rüstungsexportgenehmigungen können z.B. nicht juristisch überprüft werden und die Opfer deutscher Waffen haben keinerlei Klagerecht.

Unterdrückung, Gewalt und Krieg werden auch durch deutsche Rüstungsexporte ermöglicht! Es ist daher höchste Zeit für ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das der bisherigen Exportpraxis einen Riegel vorschiebt! Die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« setzt sich dafür ein, dass dieses Gesetz ein grundsätzliches Exportverbot beinhaltet, sodass Exporte nur noch in Ausnahmefällen möglich sind. Solche Fälle müssen von der Bundesregierung anhand eindeutiger und strenger Kriterien begründet werden. Ein Verbandsklagerecht muss die Möglichkeit schaffen, dass die Entscheidungen juristisch überprüft werden können. Zudem muss ein solches Gesetz den Export von Kleinwaffen konsequent verbieten!

Weitere Informationen dazu, welche Punkte ein Rüstungsexportkontrollgesetz beinhalten soll, sowie weitere Hintergründe zu den Wahlprüfsteinen finden Sie unter www.aufschrei-waffenhandel.de.

Die Wahlprüfsteine 2021 der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« finden Sie auf der Rückseite

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

Rüstungsexporte abwählen!

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021



Was können Sie als Bürgerin und Bürger tun?

Erkundigen Sie sich in Ihrem Wahlkreis bei den Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Bundestag 2021 nach deren Haltung zu deutschen Rüstungsexporten. Stellen Sie ihnen die aufgeführten Fragen: im persönlichen Gespräch, auf Wahlveranstaltungen oder schriftlich mit der Bitte um Stellungnahme.

Die Wahlprüfsteine 2021 der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

Frage 1

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?

Frage 2

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?

Frage 3

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?

Frage 4

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?

Frage 5

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?

Frage 6

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?

Frage 7

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Unsere Aktionen zur Bundestagswahl 2021 finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/bundestagswahl2021.
© und Bezug: Ohne Rüstung Leben · Arndtstraße 31 · 70197 Stuttgart · Telefon 0711 608396 · E-Mail ori-info@gaia.de.
Spenden: Ohne Rüstung Leben · IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41 · BIC GENODEF331 · www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« veröffentlichen wir im Rahmen der Kampagne gegen Rüstungsexport. Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird finanziell durch Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes gefördert.

www.aufschrei-waffenhandel.de

Bericht über die Diözesanversammlung

19.Juni 2021 im Martini Pfarrheim, Münster

Eberhard Ockel und Johannes Gertz

9:30 Uhr Maria Buchwitz begrüßt; Stefan hält einen Impuls, indem er – ausgehend von der aktuellen Weiterentwicklung atomarer Bewaffnung – unter Bezug auf einen Text des Thessalonicherbriefes zur Wachsamkeit und zu einem genauen Blick auf die Welt und ungerechte und friedensbedrohende Tendenzen auffordert.

Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Mitglied der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe. Im Bundestag hat sie den fraktionsübergreifenden Parlamentskreis Atomwaffenverbot mit initiiert, der sich für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag einsetzt. Sie ist überzeugte Pazifistin.

10:00 Uhr beginnt der Vortrag von Kathrin Vogler, Mitglied der Bundestagsfraktion der LINKEN und deren friedenspolitische Sprecherin, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Obfrau im Unterausschuss Zivile Krisenprävention und stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss. Außerdem gehört sie den folgenden Parlamentariergruppen an: sie ist stellvertretende Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe, stellvertretende Vorsitzende der Parlamentariergruppe der arabischsprachigen

Sie beginnt mit Corona, der größten Gesundheitskrise seit Menschengedenken mit 3,5 Millionen weltweit Toten, die an oder mit Corona gestorben sind. Sie erinnert aber auch an die vielen Menschen, die Opfer der staatlichen Corona-Gegenmaßnahmen geworden sind. Als Beispiel führt sie Kenia's Regierung an, die diese Gesundheitskrise aus vorgeschobenen Hygienegründen zur Wohnungsvertreibung in Nairobi genutzt hat.

Durch den Egoismus der reichen Industrienationen drohe die Fortschreibung der Pandemie, weil die



Impfstoffe nicht gerecht verteilt würden. Es müssten Folgerungen gezogen werden: Impfgerechtigkeit weltweit, Umverteilung der zur Gesunderhaltung verfügbaren Ressourcen, die Lieferketten müssen wirksam gerecht, sozialverträglich und ökologisch verantwortbar gestaltet werden und durch Sanktionen der Unternehmen verbindlich.

Nach Ergebnissen des Friedensforschungsinstituts SIPRI stiegen trotz Corona 2020 die Rüstungsausgaben weltweit um 3,6 %; die Verschuldung in Deutschland liegt bei 2,2 Billionen (weder die Ölkrise, noch die Wiedervereinigung, noch die Bankenkrise haben so viel Schulden erfordert).

60 Milliarden € werden weltweit zur Modernisierung der Waffensysteme aufgewendet.

Einen Hoffnungsschimmer birgt das Treffen zwischen Russlands Präsident Putin und US-Präsident Biden, die hoffentlich auch über Rüstungsbeschränkung und -kontrolle im beiderseitigen Interesse gesprochen haben. Entwickelt wurden inzwischen neue zielgenaue Atomraketen, um Atomkriege führbar zu machen. Dass Russland auf Grund seiner militärischen Unterlegenheit neue Waffen entwickelt, kann man als sicher annehmen. Wie viele von den bekannt gewordenen Entwick-

lungen den Tatsachen entsprechen bzw. Propaganda sind, ist aktuell nicht festlegbar.

Der Atomwaffenverbotsvertrag wird von einem breiten Bündnis von Europa-Parlamentariern und Bundestagsabgeordneten überparteilich unterstützt. Die Bundesregierung verweigert unter Hinweis auf NATO-Verpflichtungen ihre Unterschrift.

Papst Franziskus, so Vogler, sei mit seiner entschiedenen Formulierung, schon der Besitz von Atomwaffen sei ein Verbrechen, als Argument gegenüber katholischen Kolleg*innen sehr willkommen.

Allerdings stockt der Vertrag über das Verbot der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Und ob die katholische Kirche weltweit ihre Auffassung von der Abschreckungswirkung von Atomwaffen aufgegeben hat, erscheint fraglich.

Am kommenden Mittwoch (23.6.2021) soll der Bundestag über einen Etat von rd. 5 Mrd. € als Startschuss für die Entwicklung des FCAS (Future Combat Air System), eines neuen 100 Mrd. € teuren Waffensystems für die Bundeswehr beschließen, um Fakten für die neue Bundesregierung zu schaffen. Interfraktionell läuft der Versuch, diese durch keinerlei Vorbereitung (Vertrag o. ä.) begründete Aktion zu stoppen. Bürgerkampagnen zum selben Zweck sind willkommen!

Es bedarf einer globalen Anstrengung, 82 Millionen Menschen von der Flucht abzuhalten. Dafür müssten Ergebnisse von Forschung und Technik international veröffentlicht werden. Die Profitmaximierung mit Hilfe von Patenten sollte zugunsten der Bekämpfung des Hungers und der Perspektivlosigkeit der Entwicklungsländer aufgegeben werden! 2 Billionen jährlich an Rüstungsausgaben könnten in Infrastrukturmaßnahmen fließen. Rüstungsexporte in autoritäre Staaten, wie Ägypten, Türkei... sollten verboten werden!

Vergleicht man die dt. Rüstungsausgaben von 57 Milliarden mit den 60 Millionen für Friedensdienste, und vergegenwärtigt man sich, dass die Finanzmittel der UNO in deren Haushalten enthalten und abgerufen werden können, während um Mittel für Konfliktprävention und -bearbeitung bei den Mitgliedsstaaten gebettelt werden muss, dann weiß man, wo bislang weltweit die Prioritäten liegen.

Fragen und Anmerkungen zum Vortrag von Kathrin Vogler:

Auf die Frage, ob das Weiterverbreitungsverbot von Atomwaffen nicht obsolet ist, weil das Wissen um die Herstellung weltweit exis-

tiert, wurde eingewendet: Gerade die atomare Bewaffnung lasse sich wegen der dazu notwendigen Anreicherung von Uran besonders effektiv kontrollieren.

Die Verwendung von Drohnen lässt sich am Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan beobachten: ohne bewaffnete Drohnen hätte Aserbaidschan den Konflikt nicht für sich entschieden. Allerdings befindet sich die Bundeswehr nicht in der Situation der armenischen Truppen.

Die Debatte über die nächsten Koalitionsverträge und Kompromisslinien beginnt bereits jetzt!

Bedenken gegenüber der Wirksamkeit von Äußerungen der katholischen Kirche: Pax Christi ist eine Randerscheinung, in der Öffentlichkeit unbekannt; die Stellungnahme von Justitia et Pax zum Drohnenproblem stellt ein katholisches Sondergut dar.

Zum Abzug aus Afghanistan: Vogler weist darauf hin, dass NGO-Kampagnen (zum Beispiel Kinderschulen) als unabhängige Einrichtungen ebenso wie Ärzte ohne Grenzen von den Taliban respektiert würden.

Allerdings: der militärische Versuch, in Afghanistan Veränderungsprozesse anzubahnen, ist gescheitert.



Klimagerechtigkeit impliziert gerechte Verteilung und gesunde und sozialverträgliche Förderung der Rohstoffe (Negativbeispiel Kongo); VW in Ruanda verbraucht geschmuggelte Rohstoffe aus der Republik Kongo.

Ziel muss sein, Leben und Wirtschaften so zu organisieren, dass andere nicht benachteiligt werden – Kreislaufwirtschaft!

Der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel muss massiv vorangetrieben werden; eine Konversion der Autoindustrie ist erforderlich. Die hochqualifizierten Arbeitsplätze sollten in die Herstellung von Bussen und Bahnen überführt werden.

So ist die derzeitige Klimapolitik hoch umstritten; von Fridays auf Future Impulse willkommen, aber bevor Bewegung und konkrete Schritte zu erwarten sind, müssen Feindbilder partnerschaftlicher Betrachtung weichen: Verständnis muss wachsen für historische Verletzungen (Russland durch den Überfall Deutschlands vor 80

Jahren; China durch die Kolonialgeschichte, Stichwort: Boxeraufstand). Keine Verständigung ohne beiderseitige Offenheit! Kenntnis beiderseitiger ungeschöner Geschichte notwendig!

Eine deutsche Fregatte im chinesischen Meer, um wirtschaftliche Interessen zu wahren, ist sicher keine angemessene respektvolle Aktion.

Der Rüstungshaushalt Russlands betrug in 2020 nur 8 % des US-amerikanischen Rüstungshaushalts und 38 % der Rüstungshaushalte Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zusammen.

Weltweit muss der Cyberraum vertraglich geregelt werden.

Die Transparenz früherer Vertrauensbildung muss wiedergewonnen werden: Manöverbeobachtung durch Offiziere der anderen Seite.

Die Rüstungsindustrie muss stärker kontrolliert werden, um illegale Ausfuhren zu erschweren/verhindern.

Die nukleare Teilhabe Deutschlands, deren Bedeutung von Befürwortern stets betont wird, kann so wichtig doch nicht sein. Denn im Zuge der Modernisierung des Atomwaffenstandortes Büchel werden nur die Tornados nach Nörvenich verlegt, nicht aber die Atomwaffen.

Nach einer Pause erfolgt noch vor der Mittagspause die

Aussprache über den Bericht des Vorstands

(Die ausführlichen Jahresberichte wurden in der Korrespondenz 3/2020 veröffentlicht; die Kurzberichte über den Zeitraum November 2020 bis Mai 2021 sind den Teilnehmern an der Diözesanversammlung per Post übermittelt worden).

Das Gespräch mit dem Militärdekan verlief sehr freundlich: auch der Militärpfarrer von Münster ist kein großer Freund des „Friedensgottesdienstes“, den Bischof Genn regelmäßig im Frühjahr mit Soldaten feiert. Er und der Dekan würden einen alternativen Friedensgottesdienst unterstützen. Wir planen eine gemeinsame Veranstaltung 2022, z.B. über autonome Waffen oder die nukleare Teilhabe, im Franz Hitze Haus. Der Militärdekan regt eine Öffnung der Soldatenwallfahrt nach Telgte an. Die vom Vorstand angestoßenen Gespräche werden einhellig begrüßt. Heinz-Günther Stobbe gibt zu bedenken, dass auch die pastorale Situation der Soldaten schwierig geworden ist. Unter den Soldaten sind Christen in der Minderheit.

Auch das Problem schleppender Umsetzung des Ratsbeschlusses

der Stadt Münster für „Stadt der Zuflucht“ kommt zur Sprache; ebenso der Umgang der deutschen Regierung mit den einheimischen Unterstützern der Bundeswehr in Afghanistan, die sich Todesdrohungen der Taliban gegenübersehen, wird heftig kritisiert und eine unbürokratische, nicht an Nachweise von Drohungen gebundene Aufnahme in Deutschland gefordert. Es gibt verschiedene Einschätzungen dazu, ob es mittlerweile eine Aufnahmegebühr gibt.

Aus dem Teilnehmerkreis wird festgestellt, dass die Veranstaltungen des Diözesanvorstands zu sehr auf Münster konzentriert sind.

Anträge eins und zwei des Vorstands:

Die Anträge des Vorstands, den Termin für die Diözesanversammlung grundsätzlich ins Frühjahr zu verlegen und daraus folgend, die Amtszeit des derzeitigen Vorstands einmalig bis zur kommenden Diözesanversammlung zu verlängern, werden einstimmig gebilligt.

Allerdings sollte bei der Terminfindung für die Diözesanversammlung im Frühjahr 2022 möglichst auf Überschneidungsfreiheit mit anderen Gruppenterminen geachtet werden.

Entlastung des Vorstands:

Auf Antrag von Thomas Garske wird der Vorstand einstimmig entlastet.

– Mittagspause –

Aussprache über der Bericht des Friedensreferenten:

Zum Bericht von Daniel Hügel gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Berichte von Gruppen und Mitgliedern / Gedanken zur Friedensarbeit in Zeiten von Corona

Zum Gespräch mit Frau Saal/Kirche und Leben: eine lange Vorlaufzeit für Ankündigungen erhöht die Wahrscheinlichkeit des Abdrucks.

Klaus Hagedorn berichtet über den Stand einer Publikation des indischen Jesuiten George Pattery über Gandhi. Dieses ausgezeichnete Buch ist übersetzt und soll in einem Workshop auf dem Katholikentag 2022 vorgestellt werden. Anschließend ist eine etwa dreiwöchige Lesereise vom 15.05. bis 05.06.2022 geplant. Klaus und Thomas Nauerth/Versöhnungsbund verhandeln derzeit mit Verlagen den Druck des Buches. Auch die Ausstellung „Gestalten der Gewaltfreiheit“ kann

auf dem Katholikentag gezeigt werden. Ein weiterer Workshop über Gewaltfreiheit kann in den Räumen der KHG Stuttgart stattfinden.

Aus der **Gruppe Coesfeld** wird über ein gut besuchtes Hiroshima-Erinnerungstreffen im August 2020 berichtet. Aus Altersgründen werden Gisela und Theo Hinricher die Leitung der Pax Christi Gruppe aufgeben. Die Nachfolge ist noch nicht endgültig geklärt.

Aus der **Gruppe Recklinghausen:** Stillstand von März bis Mai 2020 und dann wieder ab Ende 2020. Im Juli fangen die Gruppentreffen wieder an, aber es ist nicht sicher, ob sich wieder alle Gruppenmitglieder einfinden werden.

Der **Vorstand** weist noch einmal auf das Bildungsprogramm für Gruppen hin, zu dem gegebenenfalls auch finanzielle Unterstützung beantragt/gewährt werden kann.

Aus **Xanten:** Vier deutsche und eine Gruppe Geflüchteter praktizieren christlich-muslimische Verständigung; sehr aktiv ist die Eine Welt Kreis Initiative in Verbindung mit der Stadt und der evangelischen und katholischen Gemeinde. Thomas Garske ist ansprechbar bei Interesse an der Ausstellung „Jesus im Koran“.

Emsdetten: Themen der Gruppe sind Bewahrung der Schöpfung und Vermittlung Geflüchteter in Arbeit.

Aus der **Gruppe Lüdinghausen** berichtet Karl-Heinz Kocar als einer der beiden pax-christi-Sprecher (neben Peter Kopmeier). Man habe auch in Lüdinghausen das Projekt „Seebrücke“ unterstützt. Am Vorabend des 75. Jahrestages des A-Bomben-Abwurfs über Hiroshima habe man eine Gedenkstunde mit Information, Gesang und Gebet an der Felizitaskirche organisiert, wobei mit gebastelten Kranichen japanische Friedenssymbole auf dem Wasser eines Brunnens schwammen. Mit dabei waren Vertreter der „Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs“ (IPPNW) und auch der Lüdinghauser Bürgermeister, der auf Anregung von pc vorher Teil der internationalen Bewegung „Mayors for Peace“ geworden war, die sich für eine Ächtung aller A-Waffen einsetzt.

Um an den vor 100 Jahren geborenen Pazifisten Wolfgang Borchert und die Aktualität seiner Impulse, mit denen er den Krieg und seine Vorbereiter anklagte, wurde im Mai 2021 ein pc-Artikel in den *Westfälischen Nachrichten* veröffentlicht.

Karl-Heinz erinnerte auch noch einmal an die jährlichen zehntägigen Erholungs- und Begegnungswochen in der LVHS Freckenhorst, die

es zwischen 2002 und 2015 jeweils rund 20 polnischen Holocaust-Überlebenden und Zwangsarbeitern möglich machte, Menschen in einem gewandelten Deutschland zu begegnen und dabei über ihre persönlichen Schicksale zu sprechen. Die hochgradig engagierten Organisatoren Margret und Peter Kopmeier sowie andere Lüdinghauser pc-Mitglieder hatten dabei mit dem Maximilian-Kolbe-Werk (Freiburg) zusammengearbeitet.

Anfang 2020 habe dann auf der Burg Lüdinghausen von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft LH (deren Vorsitzender Karl-Heinz ist) eine Präsentation von 45 Skulpturen aus einer Privatsammlung gezeigt werden können, bei denen einige der demütigend-brutalen Erfahrungen von Polen in NS-Lagern und im sowjetischen Gulag von nicht-professionellen Bildhauern in Holz geschnitzt worden waren.

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft (DPG) widmet sich seit fast 25 Jahren der Ausgestaltung der Städtepartnerschaft zwischen Lüdinghausen und der polnischen Stadt Nysa in Schlesien, die bis zum Ende des Krieges eine deutsche Stadt gewesen war und „Neisse“ hieß. Karl-Heinz bezeichnet es als eine besondere Aufgabe der DPG, bei Begegnungen zwischen den Bürgern beider Städte mit Fingerspitzenge-

fühl vorzugehen, wenn die gegen europäische Werte verstoßenden Rechtsbeugungen der gegenwärtigen Regierung und deren nationalistische Geschichtspolitik zur Sprache gebracht werden.

Die Mitglieder der pc-Gruppe LH hielten im Übrigen zwar auch weiterhin engen Kontakt untereinander, trafen sich aber aus Alters- und Krankheitsgründen derzeit nur noch sporadisch. Ausgewählte Aktionen würden kurzfristig verabredet. Ergänzend thematisiert Christel Albers das allgemeine Problem, dass es am verbindlichen und nachhaltigen Engagement vor allem jüngerer Leute fehle, ein Problem, das pax christi aber wohl mit anderen Organisationen und Vereinen teilt.

Klaus Hagedorn empfiehlt hierzu einen weiteren Versuch mit der neuen Referentin der KSHG Münster für Politik und Gesellschaft, Cordula Ackermann.

Diözesankomitee: Maria Buchwitz berichtet, dass im November 2020 das letzte analoge Treffen stattfand. Hier wurden die Kommissionen für Ehe und Familie und für Schöpfungsverantwortung fortgeschrieben, während die Kommission für „Wirtschaft und Arbeit“, in denen Stefan Leibold und Roger Reinhard mitarbeiten wollen, sowie diejenige für „Internationales“ wegen bisher

noch fehlender Resonanz bei den übrigen Verbänden noch nicht offiziell bestätigt worden sind.

Heinz-Günther Stobbe berichtet aus der Arbeit der Kommission **Justitia et Pax**: Aktuell wird die Menschenrechtsthematik diskutiert. Die Menschenrechte sind weltweit unter Druck; es ist riesiges und höchstumstrittenes Feld der Auseinandersetzung. Interkulturell und interreligiös wird das sehr kontrovers gesehen. Weitere Themen: Gesundheitsrecht; Friedensgefährdungen durch organisierte Kriminalität und China. Wie sind die Verträge zwischen China und der katholischen Kirche zu bewerten?

Manfred Laumann berichtet, dass die evangelische Gemeinde in Ahaus schon das vierte Kirchenasyl durchführt. Er thematisiert den konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, der aus seiner Sicht versandet und auch folgenlos geblieben ist. **Heinz-Günther Stobbe** bewertet den konziliaren Prozess deutlich positiver. Zum ersten Mal sei es gelungen, die Kirchenleitungen einzubinden (was heute leider nicht mehr der Fall ist) Außerdem ist es dem konziliaren Prozess zu verdanken, dass Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zusammengedacht werden und ihre gegenseitige Abhängigkeit verdeutlicht worden ist.

Es gibt einen Pilgerweg des Friedens, aber Kirchenoffizielle wissen nichts davon. Vermutung: viele wichtige und christliche Aktionen als Konsequente Folgerungen der Kampagne finden außerhalb von Kirche statt.

Termine:

- 22. Juni:
 - 16:00 Uhr alter Friedhof Hilstrup
 - 19:00 Uhr Liebfrauenkirche: Vortrag Eugen Drewermann
- 3. Juli:
 - Aktionstag Büchel (genauere Info: hp.rauguth@paxchristi.de)
- 29. August:
 - 15:30 Uhr Paul Gerhardt Haus
- 8. September:
 - 19:00 Uhr russische und deutsche Stimmen
- 9. September:
 - 9:00 Uhr NATO und Russland
- 25. September:
 - ab 15:30 Uhr Preisverleihung des Papst Johannes XXIII-Preises in der KSHG-Aula.
- 25. - 29. Mai 2022:
 - Katholikentag in Stuttgart

Weitere Themen

Vorstellung der Beschlüsse und Forderungen der Delegiertenversammlung Pax Christi in Fulda

Die Mitglieder werden gebeten, den ICAN-Städteappell in ihre Kommunen zu tragen und dafür einzutreten, dass die Kommunen diesen Appell unterzeichnen, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Viele der Bürgermeister gehören zu den „Mayors for Peace“, was die Argumentation einfacher macht.

Etliche Anwesende wären an einer gesonderten Informationsveranstaltung über Kampfdrohnen, Killerroboter und autonome Waffen interessiert.

Der traditionelle Gottesdienst in der Gastkirche in Recklinghausen zum Jahresbeginn soll auf Wunsch der Teilnehmer um 15:00 Uhr beginnen.

Für den Herbst 2022 planen Stefan, das Ehepaar Laumann für pax christi und Esther Brünenberg-Bußwolder für den ev. Kirchenkreis Steinfurt eine gemeinsame Erinnerungsfahrt in die Niederlande. Die Fahrt dauert von Mittwoch bis Sonntag – möglichst in den Herbstferien – beginnt in der Oase Gronau und endet in Amsterdam.

Mit einer kurzen Andacht endet die Diözesanversammlung.

Das Lieferkettengesetz und das Elend in der DR Kongo – Ändert sich etwas am Status Quo?

Rückblick auf die Diskussionsrunde mit Özlem Demirel, MdEP und Uwe Kekeritz, MdB am 23.04.2021

Maria Buchwitz

Zunächst sei ein großes Lob den beiden Referierenden des Abends ausgesprochen, die sich mit viel Empathie und fundiertem Fachwissen dem komplexen Thema stellten. Mit dabei waren über 40 Teilnehmende; viele beteiligten sich aktiv an der breiten Diskussion.

Zur Einführung zeigte die pax christi Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ den 2018 in Kooperation mit dem maison de la presse Burundi gedrehten Kurzfilm „Wenn Gold Gewalt und Elend schafft“. In eindrücklichen Bildern zeigt der Film, wie notwendig eine grundlegende Veränderung für die Frauen, Männer und Kinder im Osten des Landes ist, die die Rohstoffe für unseren täglichen Gebrauch unter absolut menschenunwürdigen Bedingungen abbauen.

Die DR Kongo ist ein Land von der Größe ganz Westeuropas, in dem die staatlichen Strukturen äußerst schwach ausgeprägt sind. Zudem kämpfen verschiedenste Milizen um Macht und Einfluss auf die Ausbeutung der reichen Rohstoffvorkommen. Hier ließ sich die Frage, ob sich durch ein Lieferkettengesetz etwas ändere am Status Quo für die Menschen im Ostkongo, mit einem Nein beantworten, zumal wenn das Gesetz so gravierende Lücken enthält wie der Entwurf des Bundeskabinetts vom 03.03.2021.

Die grundsätzliche Frage wurde gleich zu Beginn der Diskussion gestellt, was ein vom Norden konzipiertes Gesetz bringen soll, wenn die Situation vor Ort so kompliziert ist wie sie ist und eine Kontrolle kaum zu realisieren. Eine unabdingbare Forderung kristallisierte sich heraus: Die Notwendigkeit einer Flankierung des Gesetzes mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen und entwicklungspolitischen Hebeln, die der Verbesserung der staatlichen Strukturen dienen. Der Umstand, dass Deutschland gute Beziehungen zum Nachbarland Ruanda unterhält, VW dort ein Werk eröffnet und die notwendigen Rohstoffe über illegale Kanäle aus der DR Kongo kommen, verdeutlicht, wie komplex das Problem der Kontrolle der Lieferketten ist, wie von allen Seiten politisch weggeschaut wird, wenn es um eigene Wirtschaftsinteressen geht.

Stichwort Entwicklungspolitik, die in der Diskussion immer wieder eine Rolle spielte: Özlem Demirel machte deutlich, wie wichtig es sei, diese vom Kopf auf die Füße zu stellen; d.h. weg von der Fokussierung auf Unterstützung militärischer Strukturen und Migrationsabwehr dahin, dass die Gelder der Wertschöpfung vor Ort dienen und wirklich bei der Bevölkerung ankommen. Zudem rollte sie die Frage der Entwicklungszusammenarbeit anders auf

– weg von der Überlegung, was wir geben und hin zu der Frage, was wir den Ländern des Globalen Südens nicht nehmen dürfen – genug Stoff für eine eigene Diskussion zum Thema EZ und Europäische Handelspolitik. Warum verweigern wir afrikanischen Ländern das, was für westliche Industrieländer und auch China lange gültig war: dass sie ihre Märkte schützen und auf ihre Rohstoffe Exportsteuern erheben können, bis sie am Weltmarkt konkurrenzfähig sind?



Uwe Kekeritz begleitet das Thema Lieferkettengesetz im Bundestag seit 2011. Maßgeblich war er beteiligt an der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte 2016. Für ihn ist die mangelnde zivilrechtliche Haftung die Königsfrage, der größte Mangel im vorliegenden Entwurf. Zudem betrifft das Gesetz ab 2023 nur Unternehmen ab einer

Größe von 3000 Mitarbeitenden, es sind nur die direkten Zulieferer betroffen und nicht die gesamte Wertschöpfungskette - und es fehlt eine eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflicht – ein Umstand, der besonders in der DR Kongo relevant ist, wo der Rohstoffabbau mit enormen Umweltschäden einhergeht.

Fazit: Angesichts der zunehmenden Abhängigkeit der westlichen Industrieländer für den Digitalisierungs- und Elektroautoboom von Rohstoffimporten aus der DR

Kongo muss das Land endlich viel mehr politische Aufmerksamkeit bekommen. Erst wenn der politische Wille da ist, faire Beziehungen auf Augenhöhe einzugehen, kann sich wirklich etwas verändern für ein menschenwürdiges Leben aller Menschen im Land. Und im Vorfeld der Wahlen 2023 muss intensiv darauf hingearbeitet werden, dass die staatlichen Strukturen gestärkt werden, das Wahlgesetz reformiert und somit die Wahlen fair verlaufen können.

Rheinmetall entrüsten! Rüstungsexporte stoppen! Umstellung auf zivile Produkte!

Johannes Gertz
pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen

Etwa 60 Menschen protestierten aus Anlass der virtuellen Hauptversammlung der Rheinmetall AG am 11. Mai vor der Konzernzentrale in Düsseldorf gegen Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion. Mit der Attrappe einer Rheinmetall-Bombe, wie sie in Jemen zum Einsatz kommen, und einer „Blutaktie“ wurde auf die Verantwortung des Konzerns und seiner Aktionäre für die Opfer aktueller Kriege verwiesen.

Das Netzwerk Friedenskooperative hatte zusammen mit dem Bündnis „Rheinmetall entrüsten“ und der pax christi-Gruppe Bonn zu der Protestkundgebung aufgerufen. Mathias Cronauer und Johannes Gertz von der pax christi-Regionalgruppe Recklinghausen haben sich an der Protestaktion beteiligt.

Tilman Massa (Kritische Aktionäre) forderte die Nichtentlastung des Vorstands wegen mangelnder menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht bei Waffenexporten. Kathrin Vogler (MdB für Die Linke) kritisierte die Bundesregierung, die

mit ihrem weitmaschigen Netz der Rüstungsexportkontrolle kriminelle Machenschaften ermöglichen und mitfinanziere. Renate Fest (Düsseldorfer Friedensforum) gedachte in ihrer Rede der Tausenden von Zwangsarbeitern, die Rheinmetall während des Nationalsozialismus unter menschenunwürdigen Bedingungen ausbeutete. Felix Oekentorp (DFG-VK) und Niklas Hoves (Stiftung ethecon) forderten ein Ende der Rüstungsproduktion auch für Bundeswehr und NATO. Ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz solle bis zur Einstellung aller Rüstungsexporte die Schlupf-



löcher für Waffenexporte über Tochterfirmen oder multilaterale Produktionen verhindern.

Konzernchef Papperger hatte vorab von einem neuen „Superzyklus“ geschwärmt und für „Rheinmetall Defence“ Umsatz- und Gewinnsteigerungen sowie volle Auftragsbücher hervorgehoben. Die Rüstungssparte des multinationalen Konzerns feiert Rekord um Rekord – so auch im Coronajahr 2020. Mit Kanonen, Munition, Bomben, Elektronik, gepanzerten Fahrzeugen und Ausrüstungen explodierten die Steigerungszahlen auf breiter Front (jeweils im Vergleich zu 2019): „Rheinmetall Defence“ verzeichnete den höchsten Umsatz (3,72 Mrd. Euro, + 5,7%), den höchsten Auftragseingang (6,39 Mrd. Euro,



+ 23%), den höchsten Auftragsbestand (12,94 Mrd. Euro, + 24%), und die höchsten Gewinne (414 Mio. Euro, + 21%) seit dem Zweiten Weltkrieg!

Papperger peilt für 2025 eine Steigerung des Rüstungsumsatzes um 50% auf 5,5 Mrd. Euro an. Eine Fortsetzung des „Superzyklus“ erhofft er sich davon, dass die NATO-Staaten ihre Rüstungsausgaben auf 2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung steigern. So aus Deutschland, wo Rheinmetall 37% des Umsatzes macht, aber auch im Ausland, dessen Anteil auf 70 Prozent erhöht werden soll.

WIDERSTAND GEGEN WAFFEN-EXPORTE VON RHEINMETALL IST ERFOLGREICH!

Um weltweit Aufträge zu ergattern, hat Rheinmetall geschmiert. Strafen in Höhe von 37 Millionen Euro wegen Bestechung in Griechenland hat Rheinmetall schon gezahlt. Indien sperrt Rheinmetall bis 2022 wegen Bestechungsvorwürfen von Rüstungsaufträgen aus. Rheinmetall muss das Kriegshandwerk gelegt werden!

Im Jemen bombardierten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mit Bomben, die die Rheinmetall-Tochter RWM Italia in Sardinien hergestellt hatte. Tausende dieser Bomben töteten Tausende Zivilisten. Die italienische Regierung hat RWM Italia Anfang 2021 sämtliche Lizenzen dafür widerrufen. Ein Erfolg der internationalen Bewegung gegen Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete!

Die südafrikanische Regierung hatte dem mehrheitlich Rheinmetall gehörenden Joint-Venture Rheinmetall Denel Munition (RDM) im Mai 2019 untersagt, nach Saudi-Arabien und an die Emirate zu liefern, weil diese sich weigerten, Endverbleibserklärungen zu unterschreiben. Ebenfalls ein Erfolg der Bewegung gegen Rüstungsexporte!

Von einer restriktiven Rüstungsexportpraxis Deutschlands kann trotz gegenteiliger Beteuerungen keine Rede sein. So genehmigte die Große Koalition Rheinmetall u.a. den Export einer ganzen Panzerfabrik nach Algerien. Das Regime regiert dort autoritär unter massiver Missachtung der Menschenrechte. Bis 2025 sollen dort fast 1.000 Radpanzer FUCHS 2 im Wert von 2,7 Milliarden Euro montiert werden. Diese können sowohl im Innern als



Die „Blutaktie“.

auch im Krieg nach außen eingesetzt werden.

Die Demonstrierenden kritisierten die Rolle Pappbergers als rüstungspolitischen Scharfmacher. Dies zeige sich z.B. in seinen Äußerungen zur Bedrohung durch Russland und

in seiner Funktion als Präsident des Bundes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV). Die Verquickungen zwischen Politik und Kriegswaffenindustrie müssen beendet werden, fordert das Bündnis „Rheinmetall entrüsten!“.

Russland und die Europäische Union in der internationalen Politik

Bericht über die digitale Abendveranstaltung am 20. Mai 2021

Eberhard Ockel

Über „Russland und die Europäische Union in der internationalen Politik – Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Interessen?“ diskutierten der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau Rüdiger von Fritsch, Irina Kobrinskaya Historikerin und Senior Research Fellow am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau und Prof. Angela Stent, Direktorin am Center for Eurasian, Russian and East European Studies an der Georgetown University in Washington D.C. Es moderierte Sabine Adler, Journalistin und Osteuropaexpertin.

Es war eine hochinteressante Diskussion, die von dem Forum Frauenkirche und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden sowie der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef) veranstaltet wurde, eingeleitet und beendet durch Händel- Musik für Orgel und Horn, musiziert von Organist Samuel Kummer und Hornist Stephan Katte in der Liebfrauenkirche.

Da Irina Kobrinskaya und Prof. Angela Stent Englisch sprachen, gab es zu meiner Erleichterung eine Simultanübersetzung, und jeder Teilnehmer konnte zwischen Deutsch und Englisch als Übertragungssprache wählen.

Dank tiefgehender und interessanter Fragen der Moderatorin und mehrerer Teilnehmer*innen gelang ein ebenso tiefeschürfen-



der wie plausibler Erkenntnisgewinn.

Zunächst waren sich die drei Fachleute einig darüber, dass die Beziehung zwischen der EU und Russland auf einem Tiefstand angelangt ist. Das hängt zusammen mit der Anektierung der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine und den daraufhin erfolgten Sanktionen der EU. Zugleich hat sich Russland stärker mit China zusammengeschlossen und importiert zu 90 % hochwertige Industrieprodukte, während es Rohöl und Erdgas exportiert. Alle Experten prognostizieren eine notwendige Annäherung Russlands

an die europäische Union, weil alle Staaten gezwungen sind, der Klimaerwärmung entgegenzuwirken und daher Öl, Gas und Kohle keine wirtschaftliche Zukunft haben. Auch Russland wird seine Ökonomie modernisieren und nachhaltig gestalten müssen.

Ebenso einig war man sich, dass Russland auch auf die deutsche Wahl im Netz Einfluss nehmen wird.

Nordstream zwei wird trotz Widerständen zu Ende gebaut werden, weil auch die Grünen in einer Koalition einen Baustopp nicht werden durchsetzen können.

Das Vertrauen der Bürger*innen in die Regierung Putin schwindet dramatisch, weiß Irina Kobrinskaya; mit der Gewalt nach innen korrespondiert die Gewalt nach außen – das war in Russland immer so – und solange Gesundheit und Zufriedenheit in der Gesellschaft durch steigende Inflation, niedrige Einkünfte und Korruption der Machteliten, verbunden mit einer exorbitanten Zunahme von Millionen- und Milliarden Vermögen, konterkariert werden, werden Protestbewegungen vor allem junger Leute zunehmen. Vor allem steigt der Wunsch nach Reisen ins europäische Ausland. Der hohen Bildung junger Russ*innen stehen nur geringe berufliche Chancen im Inland gegenüber.

Afghanistan gilt für alle Nachbarstaaten als ansteckendes Gefahrenpotenzial durch religiösen Fanatismus und Terrorismus.

Das Problem Russland kann nur durch Kombination von schmerzhaften Sanktionen in Verbindung mit Gesprächen auf allen Ebenen in Schach gehalten werden. Berechenbar ist die russische Politik durch Putin leider nicht. Erfreulich deshalb die Bemühung der amerikanischen Diplomatie, an eine distanzierte Beziehung wieder anzuknüpfen.

Abschließen kann ich festhalten: Ich bin froh, Zeuge dieses interessanten Podiums gewesen zu sein.

Flugzeugabsturz in der Coesfelder Heide

Gisela und Theo Hinricher

Am 15. Juni 1988 stürzte ein Kampfflugzeug der Bundeswehr in der Nähe von Coesfeld ab. Die lokale pax christi Gruppe Coesfeld berichtet.

„Um Haaresbreite entgingen der Vorort Goxel und 23 Schüler der Klasse 10d der Freiherr-vom-Stein-Realschule und ihr Lehrer Walter Elbers der Katastrophe eines Flugzeugabsturzes in der Coesfelder Heide. Es war der 15. Juni 1988 in Goxel, einem bewaldeten Randgebiet der Kreisstadt Coesfeld.“

So las ich es in einem Bericht des Flugzeugmechanikers Karl-Heinz-Bold. Er wurde Zeuge des Flugzeugabsturzes einer Phantom, deren erfahrener Pilot mit seinem Kameraden zwei benachbarte Kasernen fotografieren sollte und die Sicht verlor. Die Phantom schlug eine lange Schneise in den Wald. Die beiden Piloten wurden getötet, die Stadt Coesfeld trauerte um sie.

Unsere pax christi Gruppe und der Friedenskreis Coesfelder Bürger beschlossen, zum Gedenken in der Heide ein Kreuz auszustellen mit der Aufschrift:

**Schmiedet eure Schwerter
um zu Pflugscharen
(nach Jes.2,4)**

Mahnmal

*Errichtet zum Gedenken an
die beiden am 15.6.1988 hier
tödlich abgestürzten Piloten
und an alle Opfer militärischer
Übungsflüge*

In einer Prozession zur Absturzstelle und zum Platz für das Kreuz zogen damals etwa 100 Coesfelder*innen von der Kirche in Goxel in die Heide.

dolf Schulze Bertelsbeck und Theo und Gisela Hinricher das Kreuz wieder einmal freigeschnitten von Kirsch-Lorbeerbüschen, die das Kreuz verdeckten.

In diesem Jahr, 33 Jahre nach dem Absturz, haben wir, Helga und Ru-



Das Mahnmal erhielt zum Jahrestag eine Aufrischung.

Gedenktag am 22. Juni

Am 22. Juni jährte sich zum 80. Mal der Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. Für pax christi ist dies Anlass und Grund, sich sowohl der geschichtlichen Ereignisse zu erinnern als auch nach ihrer bleibenden, die deutsch-russischen Beziehungen mitprägenden Bedeutung und den Perspektiven für die Gegenwart zu fragen.

Der pax christi Diözesanverband Münster gestaltete anlässlich des Jahrestags Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen in Herten und Münster. Eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Eugen Drewermann beschloss diesen Tag. Im Folgenden lesen Sie dazu die Berichte unserer Mitglieder. Der Vortrag von Eugen Drewermann hat im Vorstand unseres Diözesanverbandes und in der Redaktion der pc-Korrespondenz zu unterschiedlichen Reaktionen geführt, die wir auf unserer Webseite dokumentieren - dort finden Sie den Vortrag auch als Video.

Damit laden wir ein, die Diskussion fortzusetzen, die dann ebenfalls auf unserer Webseite veröffentlicht wird.



Der Gedenktag am 22. Juni – Meine persönlichen Eindrücke

Bernhard Dreyer

Obwohl ich seit fast 40 Jahren in Hiltrup wohne, fiel mir bislang nur eine Steele zur Erinnerung an Zwangsarbeiter auf. Weder auf Überreste von Bunkern und schon gar nicht auf Hinweistafeln zu Zwangsarbeiterlagern und deren Orte hatte ich aufmerksam werden können. Dergleichen Erinnerungen ziehen mich immer dann runter, wenn sie anonym sind oder massenhaftes Leiden und Sterben dokumentieren.

Anders jedoch an diesem 22. Juni: In Begleitung von über 20 aufmerksamen und oft schweigenden „Mitgedenkenden“ fühlte ich mich sogar ein wenig getragen, um meine (Ver-)Stimmungen genau wie manche der anderen offener wahrzunehmen. Und als dann die brutalen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die oft mit Todesfolgen verbunden waren, beschrieben wurden, packte mich zunächst kalte Wut, die ich leider nicht ausdrücken konnte.

Und dann noch einmal viel emotionaler und konkreter, lebendiger

und deswegen auch schmerzlicher die von Mitgliedern des VVN/BDA einfühlsam vorgetragenen Auszüge aus dem Erinnerungsbuch eines Zwangsarbeiters: Jetzt ging es nicht nur um persönliche Zeitdokumente und deren mediale Inszenierung. Vielmehr konnten wir eintauchen in eine Zeit, über die wir schon viel gehört und gelesen haben, die aber noch einmal anders lebendig wurde: Ausbeutung von Arbeitskräften, auch von Kindern und Frauen - wie sie auch heute noch geschieht. Gehetzte Aufseher*innen und „Ärzt*innen“, die für die Gesundheit der Kinder, Frauen und Männer sorgen sollten, aber nicht einmal deren Ausbeutung als Zwangsarbeiter*innen „organisieren“ geschweige denn „gewährleisten“ konnten.

Nikolai Karpow schreibt in seinem Buch „Der kleine Ostarbeiter“: „... und so verrichteten die meisten von uns mit viel Mühe die schwere, schmutzige Arbeit. Wir arbeiteten bei jedem Wetter. Besonders schlecht erging es uns bei Regen

und Wind, wenn wir noch größeren Hunger hatten. Viele erkälteten sich und wurden krank, aber man musste bei Erkältung auf den Beinen bleiben, weil nur die Schwerkranken von der Arbeit befreit wurden. Im Lager gab es einen deutschen Arzt, wohl eher einen Arzthelfer, der den meisten, die zu ihm kamen, sagte: ‚Du bist nicht krank, du bist faul!‘ Er schickte sie gnadenlos zur Arbeit. (...)

Es kam einem seltsam vor, wie dieses schöne, durch den Fleiß der Menschen bereicherte Land nach Raubtiergesetzen lebte.“

Erinnerung drückt zunächst herunter und macht depressiv. Wo wir sie aber gemeinsam im Schweigen hören konnten, diese Orte des

„Wohnens“, Schuftens und immer noch verdrängten Sterbens im gemeinsamen Gehen und Innehalten würdigen konnten, da wird etwas anderes angestoßen und vielleicht auch im Austausch mit Freunden in Bewegung gebracht: Ein zunächst schockierender und schmerzlicher Anstoß, später aber vielleicht einmal eine andere Art, heutige Informationen über Ausbeutung und „gewinnbringende“ Kriegswirtschaftssysteme fassungslos aufzunehmen, allmählich fragmentarisch zu verarbeiten, widerständiger und offensiver in Gesprächen mit einer Friedenssehnsucht zu verbinden, die nicht in romantischen Idealen stecken bleibt. Und woher die Kraft dafür kommt? - das wäre dann eine andere Frage.

*Mehr Informationen zum Erinnerungsensemble zur Erinnerung an die Hiltruper Zwangsarbeiter*innen im „Waldpark“ in Münster-Hiltrup unter: <http://www.muenster.org/vvn-bda/waldfrieden/>*

Erinnerungstag 22. Juni in Münster

Eindrücke eines werbewirksamen und für pax christi Münster wichtigen Tages

Eberhard Ockel

Es begann am 22. Juni 2021 um 16:05 Uhr auf dem Hiltruper Friedhof vor dem Mahnmal der Toten der Weltkriege, überragt von einem riesigen Kreuz, das aufzublicken zwingt. Der Pfarrer von Sankt Clemens, Andreas Britzwein, begrüßte die etwa 30 Teilnehmer und nahm den Gedenktag an den überraschenden Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Russland vor 80 Jahren zum Anlass, auf den Vernichtungsfeldzug hinzuweisen und der vielen russischen Zwangsarbeiter zu gedenken, von denen viele im Lager „Waldfrieden“ (ähnlich euphemistisch benannt wie „Buchenwald“ bei Weimar) elendig verhungert waren.

Ausführlicher auf diesen Vernichtungskrieg kam Detlef Lorber vom VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) zu sprechen, der vor allem an

die himmlersche Sprachregelung der Slawen als Untermenschen erinnerte, die es in Russland wohl auch Wehrmachtssoldaten leichter machte, mit unmenschlicher Grausamkeit gegen die Zivilbevölkerung Russlands vorzugehen.

An vier Kindergräbern demonstrierte Jens Effkemann vom Volksbund der Kriegsgräberfürsorge, wie brutal selbst gegen Kinder der Zwangsarbeiter – in den Gräbern lagen Kinder im Alter von acht Monaten bis drei Jahren – vorgegangen wurde; er verlas die Namen der auf dem Friedhof beerdigten Soldaten und Zwangsarbeiter. Menschlichkeit und Rücksicht scheinen unter der Hitlerdiktatur zunehmend untergegangen zu sein.

Vor der evangelischen Kirche erinnerte Stefan Leibold an die schillernde Gestalt Martin Niemöllers, der als U-Boot Kapitän im Ersten

Weltkrieg noch hochdekoriert gedient hatte, den Pfarrernotbund gründete und der bekennenden Kirche beitrug. Dann aber von 1938-1945 im KZ Dachau hungerte und später einer der bekanntesten Sprecher der Protestbewegung gegen Wiederbewaffnung, Bundeswehr und Eintritt in die NATO war. Von ihm stammt der bekannte Text:

Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Gewerkschaftler; als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es niemanden mehr, der protestieren konnte.

Unweit des seit 2010 eingeweihten Denkmals erinnerte der Vertreter der VVN/BdA noch einmal an das strenge Verbot, den Zwangsarbeitern Nahrungsmittel zukommen zu lassen, und erzählte von den Schwierigkeiten mit Erinnerung und Denkmal an dieses Lager. Um die Inschrift des von einem Künstler nur einseitig behauenen Denkmals lesen zu können, muss man sich bücken, was auch als Respektgeste gegenüber allen in diesem Lager zu Tode gekommenen von den Spendern beabsichtigt ist.

Vortrag und Diskussion mit Eugen Drewermann

Um 19:00 Uhr begann dann in der Liebfrauen Überwasser-Kirche der Vortrag von Dr. theol. Eugen Drewermann zum Thema „Russland - Wege zum Frieden“.

Drewermann berichtete vor ca. 100 Zuhörer*innen zuerst von sich selbst und von negativer veröffentlichter Meinung gegen ihn, hielt dann aber ein leidenschaftliches Plädoyer für eine friedliche und vertrauensvolle Annäherung an die anscheinend als gegenwärtige Feinde westlicher Kultur ausgemachten Russland und China. Mit weit ausgreifenden geschichtlichen Exkursen und immer wieder Bibelzitate machte geltend, dass weder die eine noch die andere Großmacht in ihrer bisherigen Geschichte außerhalb ihres Staatsgebiets militärische Annektionen oder Pläne dazu habe erkennen lassen. China – abgesehen von Menschenrechtsproblemen – sei vor allem zum Ärger der westlichen Industriestaaten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Drewermann verglich zudem die Rüstungsausgaben Russlands und Chinas, die sich nicht annähernd mit denen der NATO vergleichen ließen. Er forderte dazu auf, sich aus der Bevormundung der USA zu befreien und eigenständige

Schritte zur Entmilitarisierung und diplomatischen Annäherung an Russland und China zu gehen. Er erinnerte an ein Wort von Dostojewski: „Der Russe ist ein Mensch, der alles versteht.“

Ein Rüstungswettlauf hätte schon immer irgendwann zur militärischen Auseinandersetzung geführt, und die angeblichen Friedenseinsätze der Bundeswehr täuschten über die eigentlich wirtschaftlichen Interessen der Maßnahmen. Jedenfalls seien weder die Modernisierung der Atomraketen in Büchel noch die gewaltige Aufstockung des Bundeswehretats um 2 % des Bruttosozialprodukts geeignete

Schritte zu einem dauerhaften Frieden. Er erinnerte an ein Zitat von Erich Maria Remarque: „wenn das möglich war: Gas, war alles umsonst, was wir bisher an Kultur hervorgebracht haben. Wir haben aufgehört, Menschen zu sein.“

Maria Buchwitz, die begrüßt und ihn kurz vorgestellt hatte, bedankte sich für seinen engagierten Vortrag, der auch viel Applaus hervorgerufen hatte, mit einer Flasche pax christi Wein und einem Kugelschreiber. Im Nachgang gab es auch viele kritische Stimmen zu dem Drewermann-Vortrag – einige davon drucken wir im Folgenden als Leserbriefe ab.

Veranstaltung verpasst? Machen Sie sich selbst ein Bild - Auf unserer Webseite www.muenster.paxchristi.de finden Sie die Video-Aufzeichnung der Veranstaltung mit Eugen Drewermann.



Rezension

Stefan Jürgens: Von der Magie zur Mystik. Der Weg zur Freiheit im Glauben

Eberhard Ockel

Ein im guten Sinne erbauendes Buch, das offen und plausibel zur erwachsenen Glaubenshaltung führt.

Wichtig ist die Offenheit, die mich restlos überzeugt. Auch ich finde bedauerlich, dass viele Menschen ihre religiöse Bildung mit Firmung oder Konfirmation abschließen und dann vor allem in Lebenskrisen den Kinderglauben nicht als Bereicherung erleben.

Wer an einen Aufpasser oder Buchhalter glaubt, wird immer versucht sein, sich an dessen vermeintlichen Forderungen auszurichten, also Kind bleiben.

Im Gegensatz dazu stellt Jürgens ein freies Kind vor, das sich von Gott uneingeschränkt geliebt weiß und in dieser Liebe und aus dieser Liebe lebt – angstfrei und auf den Spuren Jesu.

Das ganze Buch durchzieht die Botschaft: Gott ist ein Geheimnis, nur verfügbar durch den Sohn Jesus



Christus, der ihn uns als Liebenden vorgelebt hat.

Nur die Distanz zum Kinderglauben, der Zweifel an Gewissheiten und die Überzeugung, in Gott geborgen zu sein, schenken die Freiheit eines erwachsenen Glaubens. „Mystik ist

Gottesbegegnung auf Augenhöhe und per Du“ (17).

Die Bibel ist ein guter Begleiter, wenn man sie nicht wörtlich versteht oder gar als Steinbruch missbraucht. Sie dokumentiert Geschichten, die Gotteserfahrungen spiegeln (21).

Das veranschaulicht Jürgens in mehreren Beispielen, die Gotteserfahrungen in Bildern einzufangen suchen (33ff). Ausgezeichnet finde ich und zur Meditation einladend seine Gedichte, die in lockerer Folge seine Gedanken verdichten (32; 75; 114; 117; 119; 129; 153; 170; 173 und schließlich das Bonhoeffer-Gedicht 165):

Ich denke/von Gott transzendent:/ Er ist das große Geheimnis/hinter allen Dingen/und in jedem Menschen.

Ich rede/mit Gott wie mit einem Du;/er ist mir unendlich nah in Jesus,/er lebt in mir durch seinen Geist,/näher als ich mir selber bin.

Ich handle/vor und mit Gott,/als ob es ihn nicht gäbe./Er hat mir einen Teil der Welt/in die Hände gelegt. (173)

Mit gutem Grund betont der Autor den Unterschied zwischen Bitten und Gebet (63f).

Auch seine differenzierenden Überlegungen zum Sakrament überzeugen mich uneingeschränkt; Jesus schenkt sich in der Eucharistie jedem Glaubenden (68f).

Jürgens nimmt sich aller gängigen Klischees an, die in Glaubensvorstellungen verbreitet sind: Engel (76ff), Teufel (81ff), Himmel und Hölle (84ff), Orte und Zeiten (101ff), Zeichen und Wunder (104ff) und schließlich Maria (91ff), über die mir im evangelischen Religionsunterricht gesagt wurde: sie ist nach katholischer Vorstellung die Vorzimmerdame von Jesus.

Zwei Instanzen macht Jürgens verantwortlich für den weitverbreiteten Kinderglauben: Einflüsse in der Familie (107ff) und den Klerikalismus (115ff), denen nur durch Reflexionsbereitschaft begegnet werden kann (111ff).

Großen Respekt habe ich verbunden mit begründeter Selbstkritik vor dem Konzept der Kontemplation (155ff), das Jürgens anschaulich

*Stefan Jürgens:
Von der Magie
zur Mystik. Der
Weg zur Freiheit
im Glauben.
Ostfildern: Pat-
mos 2021, geb.,
176 Seiten,
ISBN 978-3-
8436-1036-0*

beschreibt als ganz in sich selbst sein (158).

Am Beispiel Bonhoeffer (159ff) bietet er ein Vorbild für erwachsenen Glauben; und für hilfreich schließlich halte ich die konkreten Schritte (166f). Hier wird noch einmal deutlich, was „österlich zu leben“ meint.

Mit gleichsam einer Selbstprüfung der Leser*in durch den Spiegel des Autors endet das Buch.

Ich möchte es uneingeschränkt jedem ans Herz legen, der auf der Suche nach dem Sinn seines Lebens ist.

KONTAKT



Bürozeiten/ Kontakt

Daniel Kim Hügel (Friedensreferent):
Montag, Dienstag und Donnerstag von
8.30 bis 14 Uhr sowie Termine nach
Vereinbarung,
Email: d.huegel@paxchristi.de

pax christi-Büro Münster
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon: 0251-511420,
Email: muenster@paxchristi.de
Webseite: www.muenster.paxchristi.de

IMPRESSUM

Herausgeber: pax christi Diözesanverband Münster

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Telefon: 0251/511 420

E-Mail: muenster@paxchristi.de, Homepage: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster

IBAN: DE40 4006 0265 0003 9626 00

Redaktionsmitglieder: Bernhard Damm, Daniel Kim Hügel, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Lektorat: Christel Bußmann, Eberhard Ockel

Bilder: privat, pixabay (wenn nicht anders angegeben)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel / Layout: Inga vom Rath

Selig, die arm sind vor Gott;
denn ihnen gehört das Himmelreich.

Selig die Trauernden;
denn sie werden getröstet werden.

Selig die Sanftmütigen;
denn sie werden das Land erben.

Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit;
denn sie werden gesättigt werden.

Selig die Barmherzigen;
denn sie werden Erbarmen finden.

Selig, die rein sind im Herzen;
denn sie werden Gott schauen.

Selig, die Frieden stiften;
denn sie werden Kinder Gottes genannt werden.

Selig, die verfolgt werden um der Gerechtigkeit willen;
denn ihnen gehört das Himmelreich.

(Matthäus 5,3-10)